

Gojowczyk, Jiska

Book

Wenn aus zu wenig fast nichts wird : Erhebung über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf indische Arbeiter*innen der Schuh- und Lederherstellung

Provided in Cooperation with:

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene, Bonn

Reference: Gojowczyk, Jiska (2021). Wenn aus zu wenig fast nichts wird : Erhebung über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf indische Arbeiter*innen der Schuh- und Lederherstellung. Bonn : SÜDWIND e.V..
<https://www.suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2021/2021-01%20Studie%20Wenn%20aus%20zu%20wenig%20fast%20nichts%20wird.pdf>.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/7646>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

Wenn aus zu wenig fast nichts wird

Erhebung über die Auswirkungen der
Covid-19-Pandemie auf indische Arbeiter*innen
der Schuh- und Lederherstellung



Zusammenfassung

Die vorliegende Studie fasst die Ergebnisse einer Erhebung über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Arbeiter*innen der Schuh- und Lederherstellung zusammen, welche zwischen Juli und September 2020 in den indischen Bundesstaaten Tamil Nadu und Uttar Pradesh durchgeführt wurde. Die Ergebnisse zeigen die gravierenden Folgen der Pandemie auf die Einkommens- und Lebenssituation der Arbeiter*innen auf. Fast ein Viertel der Befragten lebte in der Zeit der intensiven Ausgangssperre zwischen März und Juni 2020 in Indien in einem Haushalt völlig ohne Einkommen. Mehr als die Hälfte der Befragten nahm während der Ausgangssperre Schulden auf, um Grundbedarfe wie Essen und Miete zu bezahlen. Vierzig Prozent der Befragten haben auch nach dem Wiedereröffnen der Schuhproduktionsstätten und Gerbereien in Indien im Juni 2020 keine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Betroffen sind Frauen wie Männer, alle Altersgruppen sowie Arbeiter*innen in unterschiedlichsten Beschäftigungsverhältnissen und Funktionen im Betrieb. Gezeigt wird, dass im Zuge der Pandemie insbesondere auch Arbeiter*innen in Armut geraten, die vorher von ihrem Lohn verhältnismäßig gut leben konnten.

Die Studie legt dar, wie Ungleichheit in Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes die Verwundbarkeit der Arbeiter*innen befördert hat und in welchen Dimensionen sich diese Ungleichheit in der Zeit der Pandemie auf die Arbeiter*innen auswirkt. Bereits über Jahre hinweg

bildeten weltweit Menschen, die unter schlechten Bedingungen für wenig Lohn arbeiteten, das Grundgerüst von Wertschöpfungsketten der Schuh- und Lederindustrie und anderer Sektoren. In der Covid-19 bedingten Krise erleiden diese Arbeiter*innen nun massive Einkommensverluste, ohne nennenswerte Rücklagen nutzen zu können und ohne ausreichend von funktionierenden staatlichen Sicherungssystemen aufgefangen zu werden. In Indien wird gleichzeitig der Abbau ihrer Arbeitnehmer*innenrechte als Attraktivitätsgewinn für globale Investor*innen betrachtet, während Fürsprecher*innen für diese Rechte die Handlungsspielräume enorm verengt werden. In einem politischen Kontext wie derzeit in Indien sind die Arbeiter*innen mehr denn je auf internationale Unterstützung angewiesen.

Es müssen diejenigen in die Pflicht genommen werden, die bisher von der globalen Ungerechtigkeit profitiert haben. Im Zuge der Covid-19-Pandemie wird die Notwendigkeit unternehmerischer Sorgfalt zur Einhaltung der Menschenrechte in den eigenen Wertschöpfungsketten deutlicher denn je. Unternehmen der Schuh- und Lederbranche aus Deutschland sind in ihrer Rolle als wichtige Abnehmer*innen indischer Schuhe und Lederwaren in der Verantwortung, die eigenen Geschäftspraktiken zu korrigieren und dazu beizutragen, die Situation der Arbeiter*innen kurz- und mittelfristig zu verbessern. Wirtschaft und Politik müssen ambitioniert eine grundlegende Transformation der Industrie vorantreiben.

Abkürzungsverzeichnis

EPF Employees' Provident Fund
HDS/L..... Bundesverband der Schuh- und Lederwarenindustrie e. V.
ILO..... Internationale Arbeitsorganisation (International Labor Organization)
INR Indische Rupien

ITUC Internationaler Gewerkschaftsbund (International Trade Union Confederation)
FWF..... Fair Wear Foundation
PDS Public Distribution System
UN Vereinte Nationen (United Nations)

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Ungleichheit in Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes	6
2.1 Soziale Missstände in Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes	6
2.2 Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen	6
2.3 Ungleichheit während der Covid-19-Pandemie	7
3. Covid-19 und die Schuh- und Lederindustrie Indiens	8
3.1 Covid-19-Pandemie und politische Strategien in Indien	8
3.2 Schuh- und Lederindustrie in Indien	9
3.3 Verantwortung in Deutschland	10
4. Erhebung zur Situation von Arbeiter*innen um Vellore und Kanpur	11
4.1 Beschäftigung, finanzielle Verluste und Schulden	12
4.2 Arbeitsbedingungen und -zeiten	16
4.3 Versorgung mit Grundbedarf und Zugang zu Hilfsangeboten	16
4.4 Diskussion der Ergebnisse	17
5. Empfehlungen für Akteure in Deutschland	19
6. Bilanz	20
Literaturverzeichnis	21
Auswahl von Hilfestellungen und Leitfäden für menschenrechtliche Sorgfalt von Unternehmen, insb. im Zuge der Covid-19-Pandemie	24
Tabellenverzeichnis	
Tabelle 1: Übersicht zur Erhebung	12
Tabelle 2: Befragte nach Region, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis	12
Tabelle 3: Anzahl der Hilfsempfänger*innen pro Quelle	17
Abbildungsverzeichnis	
Abbildung 1: Durchschnittliches Gehalt während des Lockdowns	13
Abbildung 2: Die Schere der Einkommensverluste	13
Abbildung 3: Kastengrafik Gehalt nach Geschlecht	14
Abbildung 4: Produktionsziele	16

1. Einleitung

Die Schuhindustrie ist im Zuge der Covid-19-Pandemie im Stress. Die Produktion stockte Anfang des Jahres 2020 weltweit aufgrund von Lieferengpässen und Betriebsverboten. Ausgangssperren und eine zurückhaltende Konsumlaune hemmen bis heute die Nachfrage. Für 2020 wird weltweit ein Rückgang des Schuh-Konsums von circa 22 Prozent geschätzt (vgl. APPICAPS 2020a). Wie diese Untersuchung zeigt, leiden die Arbeiter*innen in Produktionsländern wie Indien unter dieser Situation massiv. Wer glaubt, das Problem wäre behoben, wenn nur die Nachfrage wieder stiege, irrt.

Das sehr hohe Risiko der Missachtung sozialer und ökologischer Standards bei der Herstellung von Schuhen und Leder ist schon lange bekannt. Diverse Studien der Zivilgesellschaft zeigten die problematischen Arbeitsbedingungen im Sektor in Indien und in vielen anderen wichtigen Produktionsländern wie China, Bangladesch oder Indonesien auf (vgl. Chellapilla et al. 2017; Pieper/Xu 2016; Williams et al. 2019). Über Jahre hinweg konnten Arbeiter*innen ihre Existenz nicht sichern, weil sie unter menschenunwürdigen Bedingungen für sehr

niedrige Löhne arbeiteten. Regierungen weltweit gehen bis heute davon aus, dass das Wohl der Arbeiter*innen vorerst hinter den Interessen ausländischer Unternehmen zurückstecken müsse, um Wohlstand im Land zu erreichen.

So richtet sich der Blick indischer Wirtschaftsverbände und Regierungen auch während der Pandemie weiterhin werbend ins Ausland: Zur Steigerung der wirtschaftlichen Standortattraktivität beschneiden die nationale und viele bundesstaatliche Regierungen Arbeits- und Mitspracherechte der Arbeiter*innen drastisch. Vereinzelte Medienberichte (z.B. Monir/Weber-Steinhaus 2020; Isware 2020), Studien aus dem Bereich Textilien und Bekleidung (wie Anner 2020a, 2020b und 2020c) und Sektoren übergreifende Analysen (z.B. ILO 2020a) legten bereits nahe, dass sich im Zuge der aktuellen Pandemie die Lebenssituation der Arbeitnehmer*innen noch dramatisch verschlechtert haben könnte. Bisher lagen jedoch keine systematischen Analysen zur Situation der Beschäftigten in der Schuh- und Lederindustrie nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie vor.



Komplett geschlossen: ein Schuhmarkt in Mumbai, Indien, im Mai 2020 FOTO: Manoej Paateel/Shutterstock.com

Mit dieser Kurzstudie wird die aktuelle Situation der Arbeiter*innen der Schuh- und Lederindustrie beleuchtet. Grundlage sind die Erhebungen der indischen Organisationen CIVIDEP und *Society for Labour and Development* (SLD), die im Sommer 2020 in den Regionen um Vellore im Bundesstaat Tamil Nadu und um Kanpur im Bundesstaat Uttar Pradesh durchgeführt wurden.¹ 115 Arbeiter*innen gaben ausführlich Auskunft über ihre Arbeitssituation und über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf ihre Existenzgrundlage.

Die Studie zeigt, dass sich bei einem Großteil der Befragten ihre finanzielle Situation dramatisch verschlechtert hat. Die, die schon vor der Krise in prekären Lebenssituationen waren, verlieren in der Krise zusätzlich. Darüber hinaus erzielten viele derer, die vorher ein vergleichsweise ‚gutes‘ Gehalt verdienten, nun auch nur noch Einkommen, mit denen ein menschenwürdiges Leben unmöglich ist. Staatliche Systeme der sozialen Sicherung fangen die Betroffenen kaum auf. Mehr als die Hälfte der Befragten musste sich bereits während der Ausgangssperre bis Juni 2020 verschulden.

Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Beschäftigten und für die indische Zivilgesellschaft ist in dieser Situation wichtiger denn je. Das bedeutet nicht,

dass Konsument*innen etwa in Deutschland nun wieder fünf Paar Schuhe und nicht nur vier Paar wie im Jahr 2020 kaufen müssten. Stattdessen muss der Ungleichheit in Wertschöpfungsketten entgegengewirkt werden. Die Schuhindustrie in Deutschland hat viele Jahre lang von ärmlichen Produktionsverhältnissen im Ausland profitiert. Sie muss nun endlich menschenrechtliche Sorgfalt walten lassen und im Zuge der Covid-19-Pandemie ihrer Verantwortung für die Arbeiter*innen, die ihre Produkte herstellen, nachkommen. Wird nicht proaktiv gehandelt, wird sich das globale Machtungleichgewicht bei der Schuh- und Lederproduktion in den kommenden Jahren noch ungerechter fortschreiben, als es bereits vor der Covid-19-Pandemie war.

Die folgende Studie gibt relevante Einblicke in den globalen Kontext von derzeitiger ökonomischer und politischer Ungleichheit in Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes einschließlich jüngerer regulatorischer Ansätze (2). Der spezifische Kontext in Indien wird hinsichtlich politischer Strategien im Umgang mit der Covid-19-Pandemie sowie bezüglich der Schuh- und Lederindustrie skizziert (3), bevor die Ergebnisse der Erhebung dargestellt und diskutiert werden (4). Es folgen Empfehlungen für Akteure in Deutschland (5) und eine Bilanz (6).

2. Ungleichheit in Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes

Schon über Jahre hinweg prägt die ökonomische und politische Ungleichheit von Akteursgruppen die globalisierten Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes. Die Ungleichheit beeinflusst, wie die Covid-19-Pandemie sich weltweit auf Menschen auswirkt.

*Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von [...] Bemühungen, [...] Löhne, Arbeitsbedingungen und institutionellen Schutz schrumpfen zu lassen, wobei der Schwerpunkt immer [...] auf Deregulierung, Selbstregulierung, Privatisierung, Vergabe von Unteraufträgen und Outsourcing lag. [...] Diese Strategien haben dazu beigetragen, eine globale Wirtschaft zu gestalten, die stark von der Verwundbarkeit prekariisierter Arbeitnehmer*innen und Migrant*innen abhängt. Alltägliche Missbräuche [...] sind nicht [...] ungewöhnlich, weil sie in die Strukturen größerer Wirtschafts- und Regulierungssysteme eingebaut sind. Der*

Haupteffekt der COVID-19-Pandemie [ist ...], die Logik von Verwundbarkeit zu verschärfen, nicht zu erzeugen. (Quirk et al. 2020)

Die Folgen der Covid-19-Pandemie auf Arbeiter*innen weltweit sind menschengemacht und nicht dem Virus anzulasten, wie die folgenden drei Absätze einleitend darlegen.

2.1 Soziale Missstände in Wertschöpfungsketten des produzierenden Gewerbes

In vielen globalisierten Wertschöpfungsketten sind ökonomische und politische Ressourcen zwischen den Akteuren extrem ungleich verteilt. Es existiert ein doppeltes Machtgefälle: erstens zwischen (Marken-)Unternehmen und zuliefernden Betrieben und zweitens in diesen Betrieben zwischen Management und Arbeiter*innen. So sind die Arbeiter*innen in der Regel die Geschädigten

¹ Diese Kurzstudie stützt sich auf entsprechende Vorversionen der Berichte der beiden Organisationen sowie die Gesamtdaten (Ravi 2020; Wazed 2020).

der internationalen, unerbittlichen Konkurrenz zwischen möglichen Produktionsstandorten. In der Produktion etwa von Textilien, Schuhen, Spielzeug oder IT wurden folgende Rechtsverletzungen wiederkehrend aufgezeigt (siehe z.B. Weiss et al. 2020, CIR 2020; für Schuhe spezifisch siehe z.B. Boseley 2017; Chellapilla et al. 2017; Padda/Asim 2019; Pieper/Prasad/Raaj 2016; Pieper/Putri 2017; Pieper/Xu 2016; Williams et al. 2019):

- Viel zu geringe Löhne;
- Einschränkungen der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie des Rechts, im Kollektiv zu verhandeln;
- nicht oder nicht (ausreichend) bezahlte und erzwungene Überstunden, fehlende Pausen;
- Zwangsarbeit;
- Belästigung, Diskriminierung und Gewalt am Arbeitsplatz;
- Schlechter Arbeits- und Gesundheitsschutz;
- Schlechte Sanitäreinrichtungen am Arbeitsplatz;
- und Kinderarbeit.

Zunehmend belegt ist, dass diese Missstände in einem engen Zusammenhang mit den Einkaufs- und Geschäftspraktiken von finanzstarken Unternehmen stehen. So zeigte beispielsweise Anner (2019) für die Textilindustrie in Indien, wie diese Unternehmen – oft mit Sitz in Europa oder den USA – massiven Preis- und Zeitdruck auf liefernde Betriebe ausübten. Das Management der Betriebe, besorgt um die Beziehung zu den finanzstarken Auftraggeber*innen im Ausland, übertrug diesen zweifachen Druck daraufhin auf die Arbeitnehmer*innen. Damit ist Indien derzeit auch ein Beispiel von vielen, das zeigt, dass nationale wie regionale Regierungen die Arbeitnehmer*innen häufig nicht schützen, um ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort nicht zu schmälern.

2.2 Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen

Der Zusammenhang von Geschäftsmodellen in Europa und den USA mit den zuvor skizzierten Rechtsverstößen in globalen Wertschöpfungsketten steht zunehmend im Fokus der internationalen Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. Starke Marktakteure sollen in die Bemühungen einbezogen werden, globale Ungleichheit abzubauen. So sehen es etwa die *Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen* und die *OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen* vor. Unternehmen haben eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht. Um dieser Pflicht nachzukommen, sollen sie unter anderem die Gesetze der jeweiligen Länder einhalten, Risiken menschenrechtlicher Verstöße entlang ihrer Wertschöpfungsketten prüfen, negative Auswirkungen ihrer Geschäftspraktiken verhüten und Risiken und Einfluss ihrer Geschäftstätigkeiten auf nachhaltige Entwicklung transparent machen. Die soziale Dimension der Unternehmensführung (*corporate social responsibility* (CSR)) wird inzwischen seltener als bloße Möglichkeit für Wohltätigkeit und mehr als Sorgfaltspflicht verstanden als noch vor einigen Jahren. Das ist eine große Errungenschaft der sozialen Bewegungen und der organisierten Akteure für globale Gerechtigkeit.

Erkannt wird auch vielerorts, dass freiwillige Regelungen als Lösungsversuche für soziale und ökologische Missstände in Wertschöpfungsketten nicht wirksam genug sind (vgl. z.B. LeBaron 2020). Mit dieser Erkenntnis gehen neue staatliche und internationale Regulierungsvorhaben einher. Solche Vorhaben sind der Prozess der Vereinten Nationen zu einem ‚rechtlich verbindlichen Instrument zur Regelung der Aktivitäten transnationaler Unternehmen und anderer Unternehmen im Bereich der Menschenrechte‘ (*UN Binding Treaty on Business and Human Rights*) und Planungen eines Gesetzes der Europäischen Union zur Regelung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen. Auf nationaler Ebene haben einige Staaten bereits Gesetze erlassen, die für Unternehmen verbindliche Sorgfaltspflichten definieren, beispielsweise Australien (gegen Moderne Sklaverei), die Niederlande (gegen Kinderarbeit), Frankreich (Sorgfaltspflichten von großen französischen Unternehmen) und Großbritannien (gegen Moderne Sklaverei und Zwangsarbeit). In Deutschland ringt die Bundesregierung um ein „Lieferkettengesetz“ (vgl. dazu die zivilgesellschaftliche Initiative lieferkettengesetz.de, sowie Abschnitt 3.3 dieser Studie). Noch sind all diese grundsätzlichen Fortschritte jedoch kaum konkret bei den Betroffenen angekommen. So arbeiteten vor der Covid-19-Pandemie die meisten Arbeiter*innen beispielsweise im Textil- oder Schuhsektor nach wie vor in prekärer und schlecht bezahlter Beschäftigung, einschließlich der zuvor skizzierten Rechtsverstöße (vgl. z.B. CCC 2020b).

Erkannt wird auch vielerorts, dass freiwillige Regelungen als Lösungsversuche für soziale und ökologische Missstände in Wertschöpfungsketten nicht wirksam genug sind (vgl. z.B. LeBaron 2020). Mit dieser Erkenntnis gehen neue staatliche und internationale Regulierungsvorhaben einher. Solche Vorhaben sind der Prozess der Vereinten Nationen zu einem ‚rechtlich verbindlichen Instrument zur Regelung der Aktivitäten transnationaler Unternehmen und anderer Unternehmen im Bereich der Menschenrechte‘ (*UN Binding Treaty on Business and Human Rights*) und Planungen eines Gesetzes der Europäischen Union zur Regelung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen. Auf nationaler Ebene haben einige Staaten bereits Gesetze erlassen, die für Unternehmen verbindliche Sorgfaltspflichten definieren, beispielsweise Australien (gegen Moderne Sklaverei), die Niederlande (gegen Kinderarbeit), Frankreich (Sorgfaltspflichten von großen französischen Unternehmen) und Großbritannien (gegen Moderne Sklaverei und Zwangsarbeit). In Deutschland ringt die Bundesregierung um ein „Lieferkettengesetz“ (vgl. dazu die zivilgesellschaftliche Initiative lieferkettengesetz.de, sowie Abschnitt 3.3 dieser Studie). Noch sind all diese grundsätzlichen Fortschritte jedoch kaum konkret bei den Betroffenen angekommen. So arbeiteten vor der Covid-19-Pandemie die meisten Arbeiter*innen beispielsweise im Textil- oder Schuhsektor nach wie vor in prekärer und schlecht bezahlter Beschäftigung, einschließlich der zuvor skizzierten Rechtsverstöße (vgl. z.B. CCC 2020b).

2.3 Ungleichheit während der Covid-19-Pandemie

Im Januar 2020 erschütterte der Ausbruch der Covid-19-Pandemie von Beginn an sowohl die Produktion als auch den Konsum diverser Güter, mit gravierenden Auswirkungen auf Arbeiter*innen weltweit. Bereits 2019 hatte der Handelsstreit zwischen den USA und China das produzierende Gewerbe durch Zölle und Unsicherheiten belastet. Seit Januar 2020 fehlten jedoch in diversen Wertschöpfungsketten sowohl Rohstoffe als auch produzierte Zwischen- und Endprodukte aus China gänzlich. In vielen Ländern Europas und weltweit wurde

im Frühjahr 2020 darüber hinaus durch Ausgangssperren in den wirtschaftlichen Betrieb eingegriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Nachfrage nach vielen Produkten brach zudem ein. In einigen Bereichen wie Textilien stieg sie im Sommer 2020 wieder an. Insbesondere für Leder und Produkte aus Leder war diese Entwicklung hingegen nicht in gleichem Maße zu erkennen, vermutlich da die Produkte oft weniger ‚dringend‘ nötig und vergleichsweise teuer sind (vgl. z.B. Mirdha 2020 und Chakma 2020).

Weltweit mussten Arbeitnehmer*innen insbesondere aufgrund von Arbeitszeitreduzierung Einkommensverluste hinnehmen (vgl. ILO 2020a). Gleichzeitig fehlen den meisten Arbeiter*innen, aber auch ärmeren Staaten die Möglichkeiten, um die Auswirkungen der Pandemie abzufangen. So konnten vom Staats- bis zum Privathaushalt Wohlhabende proaktive Bewältigungsstrategien anwenden, Ärmere hingegen nicht. Je größer etwa im Zuge der Pandemie die staatlichen finanziellen Stimuli für ökonomische Aktivitäten in einem Land sind, umso kleiner sind die Verluste von Arbeitsstunden für Arbeiter*innen (in Prozent des BIP, vgl. ILO 2020b). Firmen mit finanziellen Spielräumen konnten Verluste im Kerngeschäft reduzieren, indem sie die Produktion auf stark benötigte Waren umstellten.

Beschäftigte sind bei Krisen unterschiedlich verwundbar: Mit schlechten Löhnen können keine Rücklagen aufgebaut werden. Weil Menschen ohne Arbeitsverträge in vielen Ländern weniger Anrecht auf staatliche Sozialleistungen haben als formal Beschäftigte, können sie darauf oft nicht zugreifen (vgl. ILO 2020a: 11). Weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung kann irgendeine Form sozialer Sicherungssysteme in Anspruch nehmen (vgl. ILO 2020b). Auch Arbeitsrechte wie beispielsweise Lohnfortzahlungen oder gewerkschaftliche Interessenvertretung sind Arbeiter*innen ohne Arbeitsverträge meist verwehrt, so etwa den vielen informell Beschäftigten in Heimarbeit und in Fabriken in der Schuhindustrie (vgl. z.B. Pieper 2018). Frauen sind insofern doppelt benachteiligt, da sie im Durchschnitt schlechter bezahlt werden und oft in der informellen Wirtschaft beschäftigt sind (vgl. ILO 2020c: 68ff.).

Selbst Arbeiter*innen in formaler Beschäftigung können ihre Rechte und Interessen sehr viel schlechter geltend machen, wenn sie keine gewerkschaftliche Vertretung, keine Kenntnisse ihrer Rechte und/oder keine Mittel für juristischen Beistand haben. Bekannt wurden insbesondere Bilder von indischen Wanderarbeiter*innen, die sich aufgrund der sehr kurzfristig angekündigten Ausgangssperre zu Fuß auf den Weg in ihre Heimatgegenden

machten, weil sie ohne Einkommen, ohne ausreichend sozialen Halt der Familie und ohne staatliche Hilfe keine andere Möglichkeit sahen, die Situation zu bewältigen. Hinzu kommt, dass mit der finanziellen Not das Risiko für andere Missstände steigt, darunter Kinderarbeit und Kinderehen (vgl. Afroze 2020; GoodWeave 2020; für Indien siehe auch Banerjee et al. 2020).

Trotz der sich abzeichnenden Not der Arbeiter*innen scheint sich der Umgang diverser (Marken-)Unternehmen mit ihren zuliefernden Betrieben noch weiter verschärft zu haben, wie Untersuchungen insbesondere aus dem Textilsektor inzwischen dokumentieren. Nachdem international einkaufende Unternehmen durch ihre Einkaufs- und Geschäftspraktiken schon vor der Krise auf zuliefernde Betriebe extremen Zeit- und Preisdruck ausübten, folgte im Zuge der Pandemie dem bisherigen Wissensstand zufolge eine Chronologie noch illegitimer, aber verbreiteter Einkaufspraktiken: Viele Unternehmen schienen erst nicht zu bezahlen und Aufträge zu stornieren (Anner 2020a; Brydges/Hanlon 2020; Islam et al. 2020), und dann die schlechte Situation der Zulieferbetriebe auszunutzen, Preise zu drücken (teilweise unterhalb der Produktionskosten) und nahezu unmögliche Bedingungen zu diktieren (etwa nach Auftragserfüllung im Durchschnitt länger auf Zahlungen warten zu müssen als vor der Pandemie; vgl. Anner 2020c).

Der Leiter einer großen Schuhproduktionsfirma in Bangladesch führte im April 2020 in einem offenen Brief aus, dass Markenunternehmen und Einzelhändler*innen Anfang des Jahres 2020 Bestellungen nicht vollständig bezahlten und alle weiteren Bestellungen aussetzten.

Kleinere Fabriken, die ausschließlich mit solchen [in der Krise unethisch agierenden] Schuhmarken/ Einzelhändlern zusammenarbeiten, sind buchstäblich hilflos [...]. Für die Marken/ Einzelhändler ist es sehr einfach, sie unter den Bus zu werfen und bei Bedarf zur nächsten Fabrik zu gehen (Manzur 2020).

Dem Muster des doppelten Machtgefälles von vor der Covid-19-Pandemie folgend (vgl. Abschnitt 2.1) leiden darunter insbesondere die Beschäftigten in Produktionsländern.

Gleichzeitig sind Arbeiter*innen heute nicht allein. Zumindest für einige gilt: Wenn sie ihre Rechte kennen und international vernetzt sind, müssen sie Unrecht nicht einfach hinnehmen. Die im Textilsektor international sehr gut vernetzte Zivilgesellschaft und Journalist*innen deckten im Laufe des Jahres 2020 unzählige Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen durch Produktionsbetriebe

auf. Dazu zählen Massentlassungen, gezielte Entlassung von Gewerkschafter*innen, ausbleibende Lohnzahlungen und schlechter Gesundheitsschutz bei Arbeit und Unterbringung (vgl. z.B. CCC 2020a). So konnten einigen Betroffenen Wege des Protests eröffnet werden, wenn Beschwerden innerhalb ihrer Betriebe und Staaten nicht möglich oder nicht wirksam waren. Zumindest für einen Teil der Arbeiter*innen wird so verhindert, dass sich ihre Situation weiter verschlimmert. Zur zivilgesellschaftlichen Reaktion gehören auch die Aufrufe *#PayUp*

und *#PayYourWorkers*, sowie die Unterstützung von Arbeiter*innen in diversen konkreten Fällen von Arbeitsrechtsverletzungen und illegitimen Geschäftspraktiken. Ein starker Fokus liegt auf der Textilindustrie, anhand derer viele Probleme aufgezeigt werden. Weniger bekannt ist derzeit die Situation in der verwandten Schuh- und Lederindustrie, welche im Folgenden (3) eingeführt und dann anhand empirischer Befunde aus Indien (4) beleuchtet wird.

3. Covid-19 und die Schuh- und Lederindustrie Indiens

Zur Einordnung der Ergebnisse aus der Erhebung führen die nächsten Abschnitte in aktuelle Entwicklungen in Indien und in die indische Schuh- und Lederindustrie ein. Der Bezug zu Akteuren in Deutschland wird aufgezeigt.

3.1 Covid-19-Pandemie und politische Strategien in Indien

Der erste Covid-19-Fall in Indien wurde am 30. Januar 2020 registriert. Am 24. März 2020 beschloss die indische Regierung zur Minderung der Pandemieausbreitung eine umfassende Ausgangssperre, die bereits vier Stunden später in Kraft trat. Alle Fabriken wurden geschlossen. Öffentliche Verkehrsmittel durften niemanden mehr befördern. Premierminister Modi selbst gestand bereits wenige Tage nach der Anordnung des abrupten Lockdowns ein, dass damit viele Menschen in dramatische Situationen gestürzt wurden. Finanzschwache Familien litten darunter, dass die subventionierten Mittagessen der Kinder aufgrund der Schulschließungen wegfielen (vgl. GoodWeave 2020). Im Mai durften erste Fabriken wieder öffnen, im Juni schließlich alle Betriebe wieder den Betrieb aufnehmen. Insgesamt sank das Bruttoinlandsprodukt in Indien zwischen April und Juni um rund 24 Prozent; das Volumen des produzierenden Gewerbes schrumpfte um fast 40 Prozent (vgl. Scroll.in 2020).

Das Innenministerium ordnete fünf Tage nach Beginn der Ausgangssperre an, die Gehälter von Arbeiter*innen seien weiterzuzahlen, wohlwissend, dass die meisten kleinen und mittelständischen Betriebe dazu nicht in der Lage gewesen wären. Die Ernsthaftigkeit der Anordnung wurde außerdem dadurch unterwandert, dass keine entsprechenden Kontrollmechanismen vorgesehen waren. Der Oberste Gerichtshof sprach schließlich im Mai die Rechtmäßigkeit der Anordnung ab (vgl. Mander/Ver-

mer 2020). Durch das ‚öffentliche Verteilsystem‘ (PDS, *public distribution system*) wurde verstärkt Zugang zu kostenlosem und vergünstigtem Essen sowie einer einmaligen Direktzahlung von 1.000 indischen Rupien (INR, ca. 11,30 Euro)² organisiert. Über den *Employees' Provident Fund* (EPF), eine verpflichtende Rentenversicherung mit Beteiligung von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, konnten und können im Zuge der Pandemie Vorschuss-Auszahlungen beantragt werden. Darüber hinaus existierten bereits andere Sicherungssysteme wie das *Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Scheme*, das hundert Tage Gehalt für die Bevölkerung in ländlichen Regionen garantieren soll, die bereit sind, ‚freiwillige‘ Arbeit zu verrichten. Private Initiativen wie zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien oder Religionsgemeinschaften organisierten zusätzlich etliche humanitäre Hilfsangebote. Für die Zukunft wird außerdem gerade das System sozialer Sicherung reformiert. Zwar soll dieses jenen Arbeiter*innen besser gerecht werden, die in „unorganisierten Beschäftigungsverhältnissen“ sind. Gleichzeitig wird jedoch bereits von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft infrage gestellt, inwiefern diese Reform z.B. Heimarbeiter*innen wirklich zugutekommen wird (vgl. Agarwal 2020).

Um die Krise zu bewältigen, wollen nationale und regionale Regierungen darüber hinaus explizit Indien als Wirtschaftsstandort schützen und ausbauen, zumeist auf Kosten der Arbeiter*innen. Es sollen insbesondere Produktionsverlagerungen von China nach Indien erreicht werden – begünstigt dadurch, dass international tätige Unternehmen auch schon vor Ausbruch der Pandemie ihre Abhängigkeiten von chinesischen Rohstoffen und Produktionsstandorten zunehmend infrage stellten (vgl. ASSOCHAM 2020; Thomas 2020). Entsprechend aufmerksam wird es wahrgenommen, wenn etwa Schuhfirmen mit Sitz in Deutschland tatsächlich ihre Produk-

2 Hier wird von einem Umrechnungskurs von 1 Euro für 88,57 INR ausgegangen.

tion von China nach Indien verlagern (vgl. La Conceria 2020).

Um diese Entwicklung zu befördern, werden Industrien mit ‚Flexibilität und Freiräumen‘ ausgestattet: Schon vor dem Ausbruch der Pandemie war vorbereitet worden, mit einer Reform der Arbeitsgesetzgebung Rechte von Arbeiter*innen stark auszudünnen. Im Zuge der Pandemie haben Regierungen verschiedener Bundesstaaten ihre Arbeitsschutzgesetzgebung nahezu vollständig ausgehebelt, um die Industrie ‚in der schweren Zeit der Pandemie‘ zu entlasten (vgl. Jainani 2020). In Uttar Pradesh wurden beispielsweise 35 von 38 Arbeitsschutzgesetzen für drei Jahre ausgesetzt. Während Bestrebungen wie die Einführung einer 72-Stunden-Woche vorerst gerichtlich aufgehalten wurden, blieben die meisten massiven Einschränkungen von Arbeitsrechten in Uttar Pradesh erhalten. Im Bundesstaat Tamil Nadu, der neben Uttar Pradesh in dieser Studie behandelt wird, wurden ähnliche Maßnahmen bisher nicht erlassen (vgl. Sundar 2020; Manda/Verna 2020). Statt den Arbeiter*innen zusätzlichen sozialen Schutz zu gewähren, werden sie durch die neue Gesetzgebung auf unterschiedlichen Ebenen noch stärker prekariert (vgl. ITUC 2020).

Proteste von Gewerkschaften gegen diese Maßnahmen aus verschiedenen Sektoren wie zum Beispiel der Landwirtschaft bleiben bisher unerhört. Kritik an politischen

Entscheidungen wird sogar zunehmend unterdrückt. Die indische Regierung nimmt der Zivilgesellschaft, Journalist*innen und Gewerkschaften die Spielräume, für die Rechte und Bedarfe der Arbeiter*innen innerhalb des eigenen Landes aktiv zu werden. Digitale Räume werden eingeschränkt (vgl. Ellis-Petersen 2020).

3.2 Schuh- und Lederindustrie in Indien

In der Schuh- und Lederindustrie fanden sich vor dem Pandemie-Ausbruch alle der oben skizzierten Missstände (vgl. 2.1) in etlichen Produktionsländern wieder, darunter Indien, aber auch Länder in Europa (vgl. Public Eye 2017; Musiolek et al. 2020). Seit vielen Jahren wird auf die viel zu niedrigen Löhne hingewiesen. So bemängelte die ILO bereits 2016, dass mehr als 74 Prozent aller Arbeiterinnen und 45 Prozent der Arbeiter im Textil- und Schuhsektor in Indien unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns bezahlt wurden (vgl. ILO 2016). Beschäftigungsverhältnisse sind oft prekär, ohne Vertragssicherheiten beispielsweise in kleinen „Job-Zentren“ für die Schuhproduktion oder in – meist von Frauen ausgeführter – Heimarbeit. Auch viele Arbeiter*innen in Fabriken werden ohne rechtlich belastbare Arbeitsverträge beschäftigt.

Spezifisch für die Lederindustrie treten außerdem durch den Einsatz hochgiftiger Chemikalien wie Chrom oder



Schuhproduktion in Agra, Uttar Pradesh, im Februar 2020 FOTO: PradeepGaurs/Shutterstock.com

Schwefelsäure in den Arbeitsstufen von der Rohhaut bis zum fertigen Leder gravierende gesundheitliche und ökologische Probleme auf. Arbeiter*innen in den Gerbereien sind oft nicht ausreichend vor den eingesetzten Chemikalien geschützt. Das kann Hautkrankheiten, Atemwegsprobleme und/oder andere, schwere Erkrankungen zufolge haben. Da die Verarbeitungsstufen bei der Lederproduktion sehr wasserintensiv sind, sinkt vorort zudem der Grundwasserspiegel. Die öffentlichen Klärkapazitäten und die Anlagen in den Gerbereien reichen für die Industrie nicht aus, weswegen seit Jahren unsachgemäß entsorgte Abwasser und Feststoffe Gewässer, Grundwasser und Böden vergiften. Sauberes Wasser ist für die meisten Menschen in den Produktionsregionen deshalb eine Seltenheit (vgl. Chellapilla et al. 2017; Pieper Pieper/Prasad/Raaj 2016). In Indien ist sogar der heilige Fluss Ganges stark davon vergiftet. Die Regierung ließ deshalb immer wieder zeitweise Gerbereien um die Stadt Kanpur in Uttar Pradesh schließen. Insbesondere die letzte dieser monatelangen Schließungen, die im Dezember 2019 endete, und die erneute Anordnung zu Schließungen im Februar 2020 „aus unterschiedlichen Gründen“, warfen bei den Betroffenen jedoch auch Fragen dazu auf, ob der Politik der hindu-nationalistischen Führung gegen den muslimisch geprägten Sektor allein ökologische Motive zugrunde liegen (vgl. Jafri 2020).

Wirtschaftspolitisch wird dem Ledersektor seit 2014 durch die Regierung allerdings im Rahmen des *Make in India* Programms eine besondere Bedeutung zugeschrieben, die mit staatlichen Förderungen und Privilegien einhergeht. Der Ledersektor (einschließlich Lederschuhe) ist für Indien ein wichtiger Exportsektor, in den zusammengefassten zwölf Monaten von 2017 bis 2018 mit einem Exportvolumen von rund 4,8 Milliarden Euro. Der Sektor ist von vielen mittelständischen und kleinen Betrieben geprägt und beschäftigt Schätzungen zufolge mehr als vier Millionen Menschen. Maßnahmen wie Steuervergünstigungen für Lederwaren oder die Förderung von Produktionsclustern griffen jedoch nur eingeschränkt. So gingen die Exporte 2019 im Vergleich zu 2018 in US Dollar sogar um 5 Prozent zurück (APPICAPS 2020; ASSOCHAM 2020; CLE o.A.; CLE 2019; Invest India 2020). Im Kontext insgesamt weniger ansteigender Wirtschaftswachstumswahlen für Indien wurde der Sektor deshalb schon vor Beginn der Covid-19-Pandemie mit Sorge analysiert.

Weltweit wurde eins von zehn Paaren Schuhe 2019 in Indien gefertigt, insgesamt 2,6 Milliarden Paar. Nur in China war diese Zahl größer. Im gleichen Jahr belegte Indien den fünften Rang der weltweiten Schuhexporte

te nach Menge. Dieser Rang wurde mit knapp zwei Prozent der globalen Gesamtexporte und 286 Millionen Paar Schuhe im Wert von 2,1 Milliarden Euro erreicht. 45 Prozent der von Indien exportierten Schuhe waren Lederschuhe, was knapp 6 Prozent der weltweiten Exporte von Lederschuhen bedeutet. Indische Lederschuhe wurden im Durchschnitt für 12,37 Euro ins Ausland verkauft (APICCAPS 2020b).

Die indische Schuh- und Lederindustrie war bedingt durch die Pandemie seit Februar 2020 mit weniger Anfragen aus dem europäischen und amerikanischen Ausland, mit logistischen Herausforderungen und schließlich auch mit einer sinkenden Nachfrage im Inland konfrontiert. Im Lockdown ab dem 24. März 2020 strandete Ware in den Häfen und Zahlungen blieben deshalb aus. Bereits verschiffte Ware wurde teilweise von den abnehmenden Unternehmen nicht bezahlt. Ende April beziffernten Vertreter der indischen Lederindustrie die stornierten internationalen Aufträge aus Europa und den USA auf einen Wert von einer Milliarde US Dollar, 37 Prozent davon allein im Bundesstaat Tamil Nadu (vgl. auch Ravi 2020).

3.3 Verantwortung in Deutschland

Deutschland nahm 2019 knapp 12 Prozent aller Lederexporte aus Indien ab und ist damit das zweitwichtigste Abnahmeland von Lederprodukten aus Indien. Im Segment *Lederschuhe* ist Deutschland drittwichtigstes Abnahmeland mit 11 Prozent aller Lederschuhexporte aus Indien (APPICAPS 2020b; CLE o.A.). Insgesamt hat die Schuhindustrie Deutschlands eine gewichtige Position im Weltmarkt: Sie belegte 2019 weltweit den vierten Platz der Schuhexporte, bezüglich der Importe den zweiten Platz (APICCAPS 2020b). Die Importe nach Deutschland waren der Menge nach mehr als doppelt so umfangreich wie die Exporte, jeweils circa ein Viertel davon Lederschuhe. Mit knapp 14 Euro liegt der durchschnittliche Preis eines nach Deutschland eingeführten Paares Schuhe deutlich unter dem eines ins Ausland verkauften Paares für durchschnittlich 21 Euro. Anfang des Jahres ergab eine vom *Bundesministerium für Arbeit und Soziales* beauftragte Branchenstudie, dass einerseits die Risiken gravierender Menschenrechtsverletzungen in den Wertschöpfungsketten der Textil-, Schuh- und Lederindustrie und andererseits auch die Einflussmöglichkeiten von Unternehmen aus Deutschland aufgrund ihrer Marktmacht besonders hoch sind (Weiss et al. 2020: 61, 183 ff.).

Die Covid-19-Pandemie fordert auch die überwiegend mittelständischen und kleinen Unternehmen in Deutsch-

land heraus, deren Kerngeschäft sich auf die Herstellung von Schuhe und Leder konzentriert. Für 2020 wurde schon im Frühjahr geschätzt, dass der Umsatz in Deutschland durch die Herstellung von Schuhen und Lederwaren rund zwei Prozent im Vergleich zu 2019 auf circa 6,7 Milliarden Euro schrumpft (Statista 2020, Stand Juni 2020).

Die massive Aufweichung von Arbeitsrechten in Indien scheinen zumindest einige Wirtschaftsakteure in Deutschland als gute Nachricht zu deuten. So berichtet die Consulting-Firma Dr. Wamser + Batra, welche „europäische Unternehmen bei [...] Geschäftsaktivitäten und Projekten in Indien“ berät:

„Während in den letzten Wochen keine wesentlichen Konjunkturpakete oder ähnliches seitens der indischen Regierung aufgesetzt wurden, kommt nun Bewegung in die Sache: Die Bundesstaaten Gujarat, Uttar Pradesh und Madhya Pradesh haben [...] angekündigt, Investoren zum Bau neuer Produktionsstätten in ihren Bundesstaaten zu motivieren. Geplant ist ein temporäres Außerkrafttreten bürokratischer Anforderungen für die Dauer von ca. 3 Jahren. So sollen neugebaute Fabriken für die Dauer von 1.200 Tagen von

jedlichen Arbeitsgesetzen befreit werden (lediglich der „Minimum Wages Act“, die „Industrial Safety Rules“ und der „Employees‘ Compensation Act“ sollen in Kraft bleiben).“ (WB 2020)

Politisch wird in Deutschland über ein im Koalitionsvertrag vereinbartes Lieferkettengesetz gestritten, welches von Unternehmen verbindlich menschenrechtliche Sorgfalt entlang der Wertschöpfungsketten einfordern soll. Der *Verband der Schuh- und Lederwarenindustrie* (HDS/L) lehnte öffentlich wiederholt ein Lieferkettengesetz strikt ab und kritisierte es nicht zuletzt als Wettbewerbsnachteil und große Zumutung in Covid-19-bedingten Krisenzeiten. Das Gesetzesvorhaben löste auch zwischen verschiedenen Ministerien Kontroversen aus. Damit wird die mangelnde Verzahnung einzelner Ressorts deutlich, die auch im Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung als verbesserungswürdig benannt wird. Dass in der aktuellen Situation menschenrechtliche Sorgfalt alles andere als eine ‚Zumutung‘, sondern nötiger denn je ist, zeigen die im Folgenden zusammengefassten Ergebnisse der Erhebung zur Situation von Arbeiter*innen der Schuh- und Lederindustrie in den Bundesstaaten Tamil Nadu und Uttar Pradesh in Indien.

4. Erhebung zur Situation von Arbeiter*innen um Vellore und Kanpur

Die hier präsentierten Daten wurden in den Regionen um die Städte Vellore (Tamil Nadu) und Kanpur (Uttar Pradesh) erhoben. Beide Orte sind für die indische Leder- und Schuhindustrie von großer Bedeutung (vgl. CLE o.A.). Die Bundesstaaten Tamil Nadu und Uttar Pradesh unterscheiden sich in Bezug auf diverse Indikatoren wirtschaftlicher Entwicklung. Die industrielle Dichte in Tamil Nadu ist deutlich höher als in Uttar Pradesh. Während Tamil Nadu 2018 einen für Indien eher hohen Wert des *Human Development Index* erzielt (mit 0,708), gehört Uttar Pradesh zu den indischen Bundesstaaten mit niedrigerem Wert (0,596). So lag der Anteil der Kinder, die in der Altersgruppe der 15 bis 17jährigen zur Schule gehen, in Tamil Nadu bei 88, in Uttar Pradesh bei 67 Prozent (vgl. Global Data Lab 2020).

Die staatlichen Mindestlöhne sind jedoch in Uttar Pradesh höher: Sie liegen für angelernte Arbeitskräfte in Tamil Nadu bei rund 7.000 INR (ca. 79,00 Euro), in Uttar Pradesh bei knapp 10.000 INR (ca. 112,90 Euro). Die

Global Living Wage Coalition hat errechnet, dass sich 2019 ein existenzsichernder Lohn in der Stadt Tiruppur in Tamil Nadu auf circa 15.600 INR (ca. 176,10 Euro) hätte belaufen müssen, im ländlichen Raum um Bhadohi in Uttar Pradesh auf circa 10.600 INR (ca. 119,70 Euro; GLWC 2019).³

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass trotz der regionalen Unterschiede Arbeiter*innen in beiden Regionen erheblich unter der derzeitigen Situation leiden. Zwischen Juli und September 2020 wurden insgesamt 115 Arbeiter*innen befragt, die vor der indischen Ausgangssperre in 37 unterschiedlichen Schuhproduktionsstätten und 18 unterschiedlichen Gerbereien beschäftigt waren. Die Befragten wurden basierend auf Kontakten der durchführenden Partnerorganisationen CIVIDEP und SLD durch „Gatekeeper“ und im Schneeballverfahren ausgesucht. Die Interviews folgten einer semi-strukturierten Gesprächsführung und dauerten jeweils ca. 45 Minuten. Die Aussagen wurden in einem stan-

³ Der Berechnung liegt die Anker-Methode zugrunde. Die so errechneten Löhne fallen im Vergleich zur ebenfalls verbreiteten Berechnungsmethode der *Asia Floor Wage Alliance*, die von der Kampagne für Saubere Kleidung bevorzugt wird, meist deutlich niedriger aus.

dardisierten Fragebogen festgehalten. Covid-19-bedingt wurden in beiden Regionen Lösungen gefunden, welche Kontakt ermöglichten, ohne die Interviewer*in und ihre Gesprächspartner*innen zu gefährden. In Tamil Nadu wurden die meisten Gespräche telefonisch durchgeführt; in Uttar Pradesh wurden sie zum Großteil mit ohnehin stattfindenden Essensausgaben durch die durchführende Organisation verknüpft.

Befragt wurden Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 56 Jahren und in unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen (vgl. Tabelle 1 und 2). Sie übten in den Betrieben unterschiedliche Tätigkeiten und Funktionen aus. Die größte vertretene Gruppe ist die der Helfer*innen („helper“), der sich 26 Befragte zuschrieben. Befragt wurden auch zwei Aufseher („supervisor“), von denen einer in einer Schuhfabrik, einer in einer Gerberei arbeitete.

Im Folgenden werden die Ergebnisse zur finanziellen Situation (4.1), zur Situation am Arbeitsplatz (4.2) und zur Versorgungssituation (4.3) zusammengefasst und abschließend diskutiert (4.4).

4.1 Beschäftigung, finanzielle Verluste und Schulden

Die Erhebung zeigt, dass sich die Situation der Arbeiter*innen in der Schuh- und Lederbranche im Zuge der Covid-19-Pandemie insbesondere finanziell erheblich verschlechtert hat. Dies trifft für Männer wie Frauen mit verschiedensten Beschäftigungsverhältnissen und Funktionen sowie alle Altersgruppen zu. 76 Prozent aller Befragten gaben an, dass das Einkommen ihres Haushalts in der Summe während der Ausgangssperre ab März geringer ausfiel als zuvor. Mit dem Ende der intensiven Ausgangssperre im Juni 2020 entspannt sich die finanzielle Situation für die meisten Befragten nicht.

Mehr als ein Drittel aller Befragten erhielt in der Zeit zwischen dem 24. März bis einschließlich Juni 2020 keinen Lohn. Die meisten von diesem Drittel lebten in jener Zeit in einem Haushalt ganz ohne Einkommen. Einige wurden selbst für die Tage, die sie im März noch gearbeitet hatten, nicht entlohnt.

Von den 90 Befragten, die mindestens für ihre Arbeit im März vor dem Beginn des Lockdowns oder auch für die

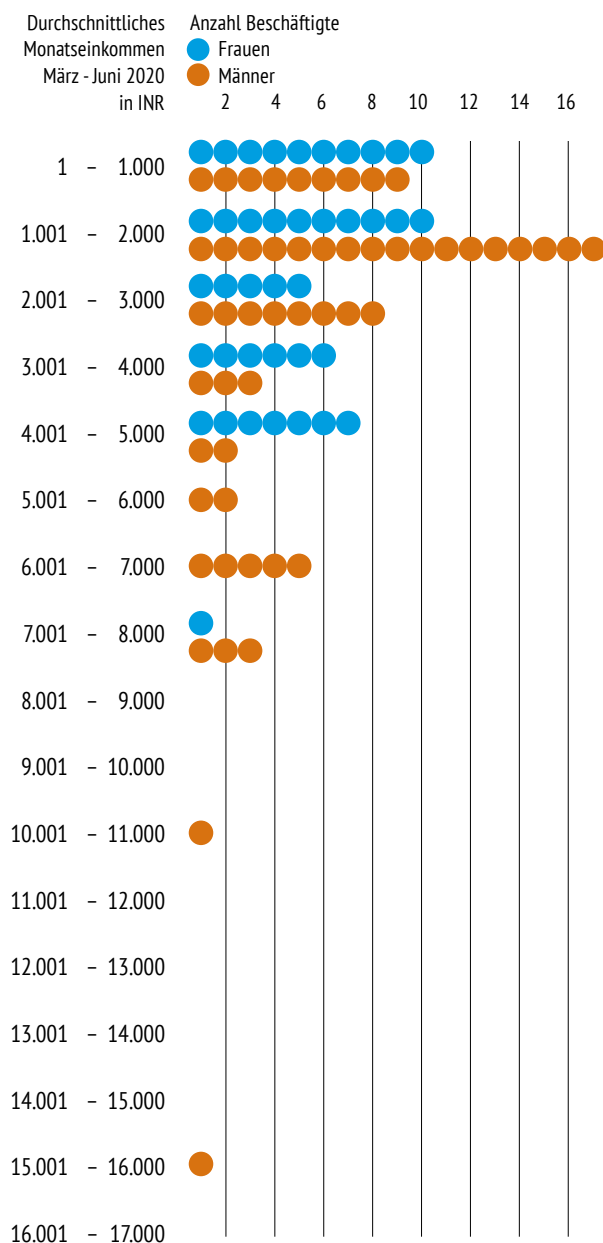
Tabelle 1 Übersicht zur Erhebung

	Region Vellore, Tamil Nadu	Region Kanpur, Uttar Pradesh	Gesamt
Anzahl der Befragten	50	65	115
Durchschnittliches Alter	41 Jahre	31 Jahre	36 Jahre
Anzahl der Schuhproduktionsstätten	19	18	37
Anzahl der Gerbereien	13	5	18

Tabelle 2 Befragte nach Region, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis

	Region Vellore		Region Kanpur		Gesamt
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	
Tageslohn	7	4	15	39	65
Festanstellung	15	11	1	6	33
Stücklohn	1	6	1	1	9
Leiharbeit	4	2	1	1	8

Abbildung 1 Durchschnittliches Gehalt während des Lockdowns

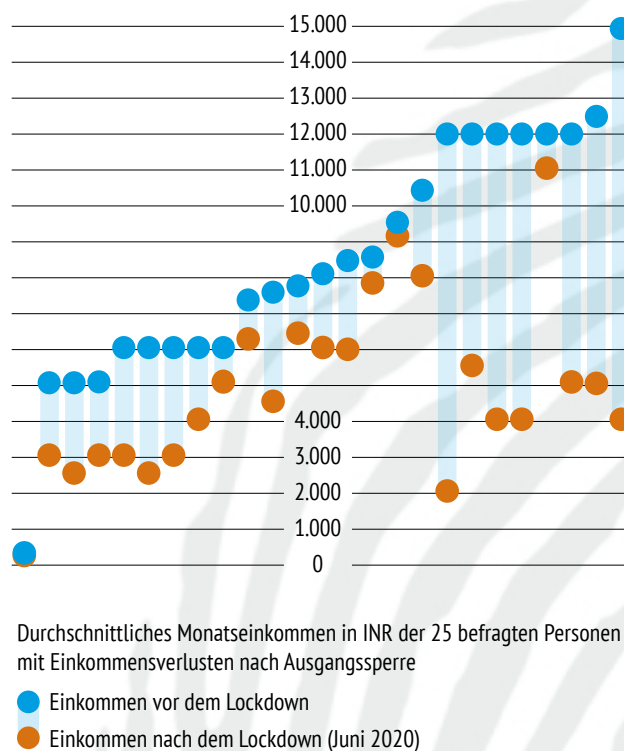


Monate bis Juni noch Geld bekamen, lag das durchschnittliche monatliche Gehalt bei fast allen unterhalb von 8.000 INR (ca. 90,30 Euro, siehe Abb. 1). Bei den meisten lag der Wert jedoch bei unter 2.000 INR (ca. 22,60 Euro). Nur eine Person (ein männlicher Aufseher in einer Schuhfabrik in der Region Vellore) erhielt in dieser Zeit einen Lohn, von dem der *Global Living Wage Coalition* zufolge menschenwürdig in einer indischen Stadt gelebt werden kann (vgl. vorheriger Abschnitt). Etliche Befragte berichteten, ihre Arbeitgeber*innen erfolglos um Vorschüsse gebeten zu haben, nur drei bekamen einen solchen Vorschuss.

Nachdem im Juni 2020 alle Fabriken wieder öffnen durften, konnten 53 Prozent der Befragten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Doch nur knapp ein Drittel der Befragten verdiente mit dieser Beschäftigung das gleiche Gehalt wie vor der Pandemie. In der Tendenz besteht diese Gruppe eher aus Beschäftigten mit niedrigen Einkommen. Im Durchschnitt hatte das Einkommen vor dem Lockdown bei der Gruppe, die mit der Wiedereröffnung der Fabriken die Beschäftigung ohne Gehaltsveränderungen wieder aufnahm, bei 5721 INR (ca. 64,60 Euro) gelegen.

22 Prozent der Befragten bekamen mit dem Wiedereinstieg *weniger* Gehalt als vorher. Der Grund ist meistens eine Bezahlung pro Tag bei weniger Arbeitstagen in der Woche als vor der Pandemie. Bei dieser Gruppe hatte das durchschnittliche monatliche Einkommen vor dem Lockdown hingegen bei 8479 INR (ca. 95,70 Euro) gelegen. Die genauere Analyse dieser 25 Befragten zeigt, dass insbesondere jene, die vor der Pandemie nach der Berechnung der *Global Living Wage Coalition* einen annähernd existenzsichernden Lohn für ein Leben in der Stadt erhalten hatten, mit der Wiederbeschäftigung ab Juni auf ein Niveau sogar deutlich unterhalb des staatlichen Mindestlohns sanken (vgl. Abb. 2). Die Verluste der sehr wenig Verdienenden fallen hingegen anteilig geringer aus.⁴ So waren nahezu alle, deren Gehalt sich

Abbildung 2 Die Schere der Einkommensverluste



Durchschnittliches Monatseinkommen in INR der 25 befragten Personen mit Einkommensverlusten nach Ausgangssperre

● Einkommen vor dem Lockdown
● Einkommen nach dem Lockdown (Juni 2020)

⁴ Trotz der kleinen Fallzahl erklärt das Einkommen vor dem Lockdown fast zwanzig Prozent der Varianz des Einkommensverlustes. Dieser Effekt ist signifikant auf einem 95-prozentigen Signifikanzniveau.

reduzierte, zum Zeitpunkt des Gesprächs in existenziellen Schwierigkeiten.

Die Gehaltsverteilung aller, die ab Juni 2020 die Arbeit wiederaufnehmen konnten, zeigt, dass es innerhalb der Gruppe der Befragten nach wie vor eine Differenz zwischen den Gehältern von Männern und Frauen gibt, diese aber geringer ist als zuvor (siehe Abb. 3, die gepunktete Linie im Kasten zeigt den Durchschnitt an, die durchgezogene den Median). Da sich das Gehalt der besser Verdienenden (die überwiegend männlich sind) stärker reduzierte, verringert sich die Differenz zwischen den Gehältern von Männern und Frauen. Trotzdem sank das durchschnittliche Gehalt der Frauen mit unter 6.000 INR (ca. 67,70 Euro) auf ein noch tieferes Niveau als das der Männer mit über 7.000 INR (ca. 79,00 Euro). Eine einzige Person erhält nach dem Lockdown ein Gehalt von über 15.000 INR im Monat (ca. 169,40 Euro, orangener Punkt in Abb. 3). Die Person ist Aufseher in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis in einer Schuhfabrik in der Region um Vellore. In den Monaten April und Mai hatte er jeweils etwas mehr als 13.000 INR (ca. 146,80 Euro) erhalten.

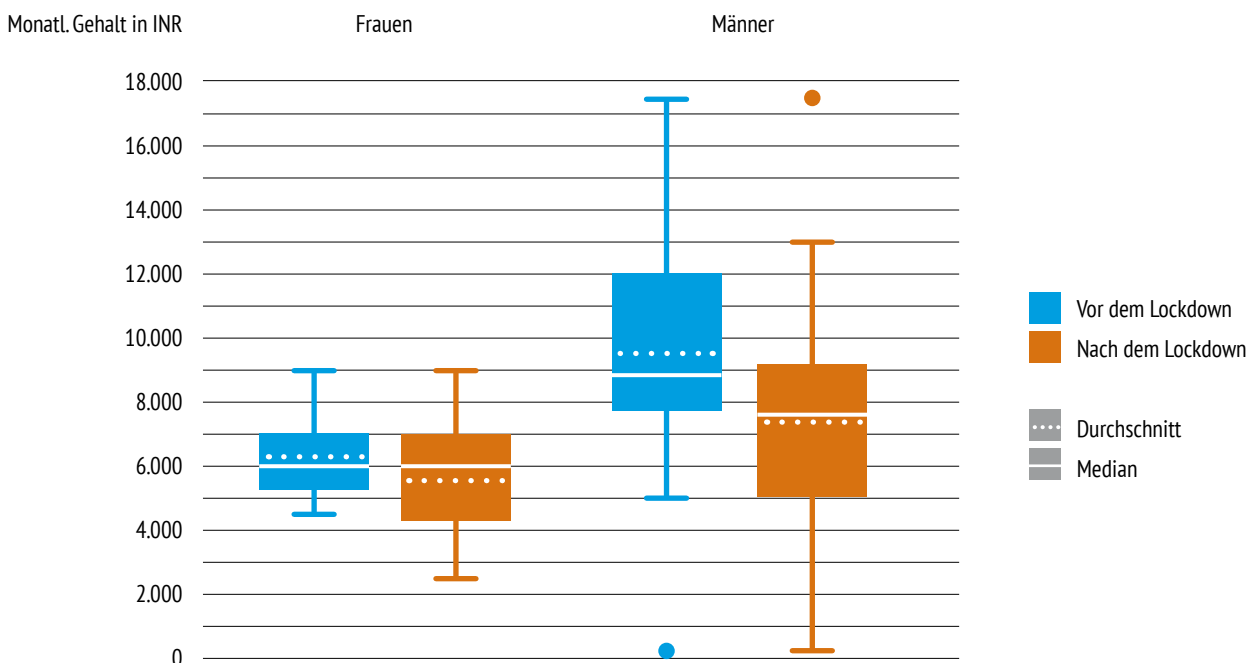
Für einige Befragte verschärft sich die Einkommenssituation nach Ende des Lockdowns sogar im Vergleich zur Situation während der Ausgangssperre. So berichtete eine 34-jährige Stickerin in Festanstellung, sie habe im April und Mai noch je ein halbes Gehalt von 3.500 INR (ca. 39,50 Euro) ausgezahlt bekommen. Doch als sie und ihre Kolleg*innen im Juli nach Gehalt fragten, wäre ihnen gesagt worden, die Firma sei verlustbringend und

es gäbe keine Aufträge. Unterstützung sei nicht mehr gewährt worden. Im Juli begann sie, als Tagelöhnerin für 160 INR (ca. 1,80 Euro) pro Tag zu arbeiten.

Fast vierzig Prozent aller Befragten konnten zum Zeitpunkt der Befragung seit Juni ihre Beschäftigung nicht wiederaufnehmen, in zwei Drittel der Fälle wurde ihnen gekündigt. Andere Gründe sind etwa vorübergehend ausgesetzte Arbeitsverhältnisse oder Probleme, zur Arbeitsstelle zu gelangen. In der Region um Vellore konnten 32 Prozent der Befragten keine Arbeit finden, in der Region um Kanpur waren es 46 Prozent. Während insgesamt auch viele Festangestellte ihre Beschäftigung verloren (insgesamt ein Drittel von dieser Gruppe), konnten von den Männern und Frauen mit Festanstellung um Vellore vergleichsweise viele Menschen nach dem Lockdown eine Arbeit aufnehmen (73 Prozent). Insgesamt ist der Anteil an Frauen, die nach der intensiven Ausgangssperre weiterarbeiten konnten (64 Prozent aller Frauen in der Befragung), etwas höher als der der Männer (57 Prozent aller Männer in der Befragung).

Zur Frage, ob die Arbeitgebenden einen Dialog mit den Arbeiter*innen oder Gewerkschaften geführt hätten, bevor sie die Kündigungen aussprachen, antworteten 44 Befragte verneinend. Nur in einer einzigen Schuhfabrik in der Region Vellore wusste eine Arbeiterin von Konsultationen zwischen Management und Arbeitnehmer*innen. Berichte von Beschäftigten auf Tagelohnbasis deuten darauf hin, dass manche Unternehmen ihre Festangestellte beispielsweise hinsichtlich Gehaltszahlungen während des Lockdowns oder der

Abbildung 3 Kastengrafik Gehalt nach Geschlecht



Wiederbeschäftigung besserstellten als Arbeiter*innen mit anderen Beschäftigungsverhältnissen. So erzählt etwa ein Arbeiter auf Tagelohnbasis aus der Region um Kanpur, er wäre erst einen Monat später als die Festangestellten wieder zurück zur Arbeit ‚gerufen worden‘.

Auch einer der beiden Aufseher, die an der Befragung teilnahmen, wurde nicht wieder beschäftigt. Während des Lockdowns hatte er keinen Lohn erhalten; zuvor verdiente er auf Tagelohn-Basis rund 18.000 INR im Monat (ca. 203,20 Euro). Nachdem im Juni aufgrund mangelnder Aufträge eine von drei Produktionseinheiten seines vorherigen Arbeitgebers geschlossen wurde, suchte er in verschiedenen Firmen nach Arbeit. Zum Zeitpunkt des Interviews hat er die Hoffnung darauf aber aufgegeben. Damit ist er nicht allein. So antwortete ein anderer Arbeiter auf die Frage, ob er denkt, dass er bald eine neue Stelle findet: „Nein. Weil ich 53 Jahre alt bin, bevorzugen Unternehmen energische junge Menschen, die mehr arbeiten können. Viele junge Menschen haben auch ihre Arbeit verloren. Wie bekomme ich in diesem Wettbewerb einen Job?“

Von den 45 Befragten, die nicht wieder beschäftigt wurden, erhielten nur drei eine Kompensationszahlung (alle mit Festanstellung). Ein 55-jähriger Arbeiter, der seit mehr als 30 Jahren in seinem Betrieb gearbeitet hatte, erhielt mit 200.000 INR die höchste Kompensationszahlung (ca. 2258,10 Euro). Er erzählte, die Zahlung sei gemeinschaftlich von den Arbeitnehmer*innen zur Versorgung ihrer Familien gefordert und dann auch gewährt worden. Trotzdem musste er während des Lockdowns Schulden aufnehmen. Doch nicht immer führten kollektive Strategien zum Erfolg. So berichtet ein Arbeiter: „Wir baten das Management um eine Vorauszahlung, aber sie reagierten nicht, weil das Unternehmen aufgrund des Lockdowns auch selbst finanziell geschwächt ist.“ 30 Arbeiter*innen (24 davon in der Region um Kanpur) berichteten, es wären von den Arbeitgeber*innen zum Gesprächszeitpunkt noch ausstehende Zahlungen (wie Gehalt, Überstundenaufschläge oder Beiträge zur Sozialversicherung) nicht beglichen worden.

In den Ausführungen der Befragten spiegelt sich oft die Hilflosigkeit der Arbeitnehmer*innen gegenüber ihren Arbeitgebenden wider. Besonders deutlich wird das Machtungleichgewicht im Fall einer 35-jährigen Frau, die seit acht Jahren auf Tagelohn-Basis in einer Gerberei in der Region Vellore gearbeitet hatte. Sie hatte üblicherweise 4.000 INR (ca. 45,20 Euro) im Monat verdient. Ihr Haushalt hatte insgesamt ein Einkommen von 10.000 INR pro Monat zur Verfügung (ca. 112,90 Euro), welches im Lockdown komplett wegfiel. Sie erzählte:

*Sie haben meinen ausstehenden Lohn nicht bezahlt. Wie [soll ich glauben, dass] sie meine Abfindung bezahlen? In meiner Firma wird den Arbeitnehmer*innen keine Abfindung gewährt. [...] Außer mir hat die Firma alle anderen Arbeiter*innen [zurück zur Arbeit] gerufen. Ich habe versucht, den Manager zu kontaktieren, aber ich hatte keine Gelegenheit, ihn zu treffen. [...] Es könnte an der Beschwerde liegen, die ich gegen einen Vorgesetzten eingereicht habe. Er hat mich missbraucht und ich habe mich kurz vor der Ausgangssperre beschwert.*

Mehr als die Hälfte der Befragten nahm während der Ausgangssperre Schulden auf, oft informell, um Grundbedürfnisse wie Essen, Miete, Medizin oder die Stromrechnung zu bezahlen. 35 Befragte liehen sich Geld von Freunden und Bekannten, 14 von informellen Geldverleiher*innen. Wenige verkauften Schmuckstücke, nutzten Mikrofinanz-Angebote oder ließen im Geschäft anschreiben. Sowohl die Geldverleiher*innen als auch einige aus dem Bekanntenkreis fordern von den Betroffenen Zinsen von bis zu zehn Prozent. Einige Befragte verwiesen im Gespräch auch auf ihre Probleme, Schulden, die sie bereits vor der Ausgangssperre aufgenommen hatten, abzubezahlen.

Die insgesamt angesammelten Schulden belasteten die Befragten teilweise sehr stark. So erzählte ein 26-jähriger Arbeiter aus der Region Kanpur, der in einer Schuhfabrik arbeitet, er denke über Selbstmord nach, weil ihn der Druck der Schulden so belaste. Während des intensiven Lockdowns bekam er Nachwuchs, aber kein Gehalt. Er nahm bei einem Geldverleiher 25.000 INR (ca. 282,30 Euro) Schulden auf, die mit 5 Prozent verzinst werden. Ab dem 1. Juni nahm er die Arbeit wieder auf, aber statt 8.400 INR (ca. 94,80 Euro) erhielt er nun nur noch knapp 6.000 INR im Monat (ca. 67,70 Euro). Die Gehaltszahlungen erfolgten statt wöchentlich wie vor der Ausgangssperre nur noch monatlich.

Einige Beispiele zeigen, dass die aktuelle Situation höhere Ausgaben nötig macht als vor der Pandemie, etwa um zur Arbeit zu kommen, während gleichzeitig die Möglichkeiten, Finanzengpässe zu bewältigen, abnehmen. So beschrieben die Befragten etwa, dass ihre Verwandten, die vorher Geld verleihen konnten, ebenfalls in finanzielle Schwierigkeiten geraten seien. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage ist es außerdem nahezu unmöglich, in ein anderes Tätigkeitsfeld zu wechseln. Dies ist ein großer Unterschied zu vorherigen Krisen, beispielweise als die Gerbereien um Kanpur zeitweise von der Regierung geschlossen wurden.

Selbst einige, die zur Zeit des Interviews wieder das gleiche Gehalt bekamen wie vor dem Lockdown, sind in finanziellen Schwierigkeiten, wie ein 45 Jahre alter Arbeiter in der Region Vellore mit Festanstellung in einer Gerberei, in der er seit 26 Jahren arbeitete. Er erzählte, vor dem Lockdown sechs Tage in der Woche gearbeitet zu haben. Zur Zeit des Interviews sind es drei Arbeitstage pro Woche jedoch bei gleichbleibendem Lohn von 8.500 INR (ca. 96,00 Euro). Doch während der Monate April bis Juni hatte er insgesamt nur 1200 INR (ca. 13,50 Euro) bekommen. Bereits zuvor reichte sein Gehalt nicht aus, eine wichtige Renovierung am Haus mit einem Voranschuss aus dem EPF zu finanzieren.

4.2 Arbeitsbedingungen und -zeiten

Die Covid-19-Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz wurden von den abgedeckten Produktionsstätten gut erfüllt. Die meisten der Befragten gaben an, am Arbeitsplatz würden Masken getragen (97 Prozent derer, die dazu Angaben machen konnten), es gäbe Händedesinfektionsmöglichkeiten (96 Prozent), die Körpertemperatur werde gemessen (91 Prozent) und Maßnahmen für soziale Distanz ergriffen (87 Prozent). Bei 53 Befragten (und damit 78 Prozent) wurden all diese Maßnahmen erfüllt.

Wenige Befragte, die nach der intensiven Ausgangssperre wieder ihre Beschäftigung aufnahmen, berichteten von schlechteren Arbeitsbedingungen und längeren Arbeitszeiten als vor der Pandemie. Fünf berichteten von bis zu einer Stunde mehr Arbeitszeit pro Tag, ein Arbeiter sprach jedoch auch von einer Änderung von acht auf 12, einer von acht auf 14 Stunden pro Tag. Fünf berichteten von bis zu einer Stunde kürzeren Arbeitszeiten pro Tag. Eine 50-jährige Arbeiterin, die in einer Gerberei in der Nähe von Vellore auf Tagelohnbasis als Helferin arbeitete, berichtete, sie müssten mit zehn Personen

verrichten, was sie vorher mit dreißig Arbeiter*innen geleistet hatten. Bei der Mehrheit der Befragten lagen die Produktionsziele, die in einer bestimmten Zeit erreicht werden müssen, hingegen unter dem üblichen Vergleichswert von vor der Ausgangssperre (vgl. Abb. 4). Der durch überhöhte Ziele erzeugte Stress am Arbeitsplatz, der für die Schuhindustrie in den letzten Jahren immer wieder dokumentiert wurde, könnte dadurch aktuell für einen großen Teil der Beschäftigten abgenommen haben. Aus diesen Ergebnissen kann jedoch nicht geschlossen werden, dass sich die Arbeitsbedingungen tatsächlich verbessert haben. Viele Parameter wie etwa Belästigung oder Häufigkeit von Pausen wurden in der Erhebung nicht abgefragt. Nicht alle bestehenden Missstände werden deshalb in dieser Erhebung sichtbar. So berichtete ein 28-jähriger Arbeiter aus der Region Kanpur, Überstunden würden nicht wie vorgeschrieben höher, sondern mit normaler Vergütung bezahlt. Wer das problematisiere oder sich weigere, Überstunden zu leisten, würde entlassen.

4.3 Versorgung mit Grundbedarf und Zugang zu Hilfsangeboten

Nur zwei Befragte gaben an, über ausreichend Ersparnisse und soziale Absicherung zu verfügen, um die Krise zu bewältigen. Wie unter Abschnitt 4.1 geschildert nahmen mehr als die Hälfte der Befragten während der Ausgangssperre Schulden auf, um Grundbedürfnisse zu decken. 83 Prozent berichteten, anders als vor der Pandemie zu essen – insbesondere weniger Gemüse, Obst, Eier und Fleisch, teilweise auch nur noch zwei statt drei Mahlzeiten am Tag.

Die staatlichen Sicherungs- und Nothilfesysteme erreichten die Arbeiter*innen nur sehr eingeschränkt. So sollen etwa alle indischen Staatsbürger*innen ein Konto bei der *Jan Dhan Yojana Bank* eröffnen können und so in der Krise Zahlungen erhalten. Doch Arbeiter*innen berichteten u.a., dass sie nicht die richtigen Dokumente vorweisen konnten, um das Konto zu eröffnen. Nur drei Befragte nutzten den Mitarbeitenden-Vorsorge-Fonds EPF der Regierung. Selbst der Aufseher, der nach dem Lockdown nicht wiederbeschäftigt wurde, nutzte zwar EPF als finanzielle Stütze, da sein Arbeitgeber der Aussage des Aufsehers zufolge aber nicht vollumfänglich eingezahlt hatte, sind die Ersparnisse trotz zuvor vergleichsweise gutem Gehalt sehr gering. In Tamil Nadu gaben 45 der 50 Befragten an, existierende Hilfsangebote seien ihnen unbekannt.

Das staatliche Hilffssystem, das von den meisten Befragten genutzt wurde, ist das Versorgungssystem für die

Abbildung 4 Produktionsziele verglichen mit denen vor dem Lockdown

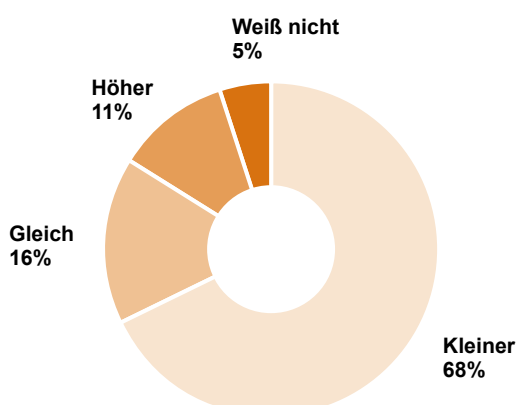


Tabelle 3 Anzahl der Hilfsempfänger*innen pro Quelle

	Region Vellore	Region Kanpur	Gesamt
Keine	28	12	40
Staatlich	22	52	74 ⁵
Nichtregierungsorganisation	5	52	57
Gewerkschaft	0	0	0
Politische Partei	15	5	20
Unternehmen	2	1	3
Kirche	2	0	2

Armen (PDS), durch das insbesondere Reis und andere einfache Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden und eine Einmalzahlung von 1000 INR (ca. 11,30 Euro) abgerufen werden konnte. Circa 80 Prozent der Befragten machten von diesem System Gebrauch. Viele führten aus, darauf für regelmäßige Mahlzeiten angewiesen zu sein. 20 Befragte hatten dazu jedoch keinen Zugang, weil sie die erforderliche „Ratio Card“ nicht besaßen (18 davon in Kanpur). Die Gründe dafür sind vielfältig (bei einem Befragten etwa, kurz zuvor nach seiner Heirat von zuhause ausgezogen zu sein).

Nichtstaatliche Akteure wie Parteien oder Nichtregierungsorganisationen leisteten einen großen Beitrag zur humanitären Hilfe, überwiegend ebenfalls mit Essensausgaben. Das Ergebnis ist diesbezüglich aber insofern verzerrt, als in der Region um Kanpur die Befragung mit Essensausgaben durch die Partnerorganisation SLD verknüpft wurde (vgl. Tabelle 3).

Um schließlich die Bedeutung der einzelnen Aspekte der Erhebung für die Befragten zu verstehen, sind nicht zuletzt die Zusammenhänge zwischen ihnen relevant. Die verschiedenen geschilderten Herausforderungen bedingen und verstärken sich oft gegenseitig, wie das Beispiel einer fünfzigjährigen Arbeiterin zeigt, die seit zwanzig Jahren in einem kleinen Arbeitszentrum für Schuh- und Lederwarenproduktion in der Region um Vellore als Leiharbeiterin beschäftigt war. Sie bekam kein Einkommen während der Monate des Lockdowns. Ihr wurde gesagt, ohne Aufträge habe das Arbeitszentrum kein

Geld, jemanden zu bezahlen. Sie wollte ihre Ersparnisse des EPF nutzen. Dies war jedoch nicht möglich, weil auf den notwendigen Dokumenten ihr Name unterschiedlich geschrieben war. Während der Ausgangssperre konnte sie diese Dokumente nicht korrigieren lassen. Sie lieh sich Geld von ihren Nachbarn, ohne Zinsen. Aufgrund ihrer Arbeit leidet sie immer unter starke Schmerzen in einem Bein, ist jedoch nicht im Rahmen der staatlichen Krankenversicherung (Employees' State Insurance, ESI) versichert. Sie erzählte, deswegen Schwierigkeiten zu haben, bezahlbare Medikamente zu bekommen. Die Stadt, in der sie üblicherweise Medikamente besorgte, könne sie aufgrund der Reiseeinschränkungen nicht besuchen. Die Schmerzen im Bein schränkten sie nun zusätzlich ein, Einkommen zu erwirtschaften.

4.4 Diskussion der Ergebnisse

Mit 115 Teilnehmenden ist die Erhebung relativ klein; zudem erfolgte die Auswahl nicht zufällig. Dennoch ist die Auswahl heterogen in Bezug auf Geschlecht, Alter, Beschäftigungsverhältnis und Funktion im Betrieb. In vielerlei Hinsicht sind die Ergebnisse so eindeutig, dass sie trotz Einschränkungen, die mit der Erhebungsmethode einhergehen, sehr ernst genommen werden sollten. Sie decken sich zum Teil mit Ergebnissen anderer Studien zur Situation von Arbeiter*innen, beispielsweise hinsichtlich des reduzierten Gehalts durch Arbeitszeitverluste (ILO 2020a) oder zu Kündigungen (vgl. GoodWeave 2020). Im Gegensatz zu anderen Berichten waren die Frauen nicht überproportional von Kündigungen betrof-

5 Es schienen jedoch nicht alle Befragten, die PDS nutzten, dies als staatliches Hilfsprogramm in die Antwort einbezogen zu haben. 93 Befragte gaben an, das staatliche System PDS genutzt zu haben.

fen (vgl. GoodWeave 2020). In der Tendenz erleiden die männlichen Befragten nach dem Lockdown größere Einkommensverluste. Nach wie vor liegt das durchschnittliche Einkommen der Frauen aber unter dem der Männer.

Insgesamt sind aber Menschen in unterschiedlichsten Beschäftigungsverhältnissen, mit verschiedenen Stellungen im Betrieb, unterschiedliche Altersgruppen und sowohl Männer als auch Frauen im Zuge der Covid-19-Pandemie in existentielle finanzielle Schwierigkeiten geraten, da sich Gehälter reduzierten oder ganz wegfielen. Es verlieren insbesondere diejenigen, die ihre Existenz vorher vergleichsweise gut sichern konnten. Im Ergebnis hat kaum jemand unter den Befragten mehr „gute Arbeit“, von der der (eher niedrig kalkulierenden) *Global Living Wage Coalition* folgend menschenwürdig gelebt werden kann (vgl. Abschnitt 4.). Einige Arbeiter*innen leiden vor allem unter dem Gehaltsausfall während der intensiven Ausgangssperre zwischen März und Juni, andere insbesondere unter einer Kündigung nach dem Lockdown oder Gehaltskürzungen. Viele Befragte trifft die Not auch doppelt.

Mit den niedrigen Löhnen der vergangenen Jahre konnten die wenigsten Arbeiter*innen Rücklagen bilden, sodass der Einkommensausfall bereits im Sommer von der Hälfte der Befragten nur mit Verschuldung bewältigt werden konnte. Wenn sie vorher existierten, sind Rücklagen zum Zeitpunkt der Befragung überwiegend aufgebraucht. Das Jahr 2020 bedeutet deshalb für die meisten, dass aus wenig finanzieller Grundlage zum Leben fast gar keine wird. Es kann daraus geschlossen werden, dass die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise einerseits zur weiteren Verarmung derer beiträgt, die vorher schon für viel zu wenig Lohn gearbeitet haben, und dass sie andererseits auch viele derer in die Verarmung treibt, die vorher von ihrer Arbeit in der Schuh- und Lederindustrie relativ gut leben konnten.

Die verschlechterte Einkommenssituation hat auch deshalb so gravierende Auswirkungen auf die Arbeiter*innen, da es kaum *zugängliche* staatliche soziale Sicherungssysteme gibt. Einziges verbreitetes, aber unzureichendes System scheint das Versorgungssystem PDS. Es wären zu anderen Möglichkeiten, Unterstützung zu erfahren, dringend Aufklärungskampagnen vonseiten der Regierung erforderlich, welche die Betroffenen auch wirklich erreichen. Zugangshürden müssten abgebaut werden, die z.B. durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstehen, die den Zugang beispielsweise zu Krankenversicherung und Rentensystem erschweren. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Nachricht, dass aktuell das soziale Sicherungssystem in

Indien reformiert wird, sofern erreicht wird, diese Lücken zu schließen (vgl. Agarwal 2020).

Die schlechte wirtschaftliche Position der meisten Befragten ist auch ein Ausdruck ihrer schlechten politischen und rechtlichen Position: Ihnen fehlten schon vor der Krise effektive und anerkannte Mitsprachemöglichkeiten vor Ort ebenso wie auf überregionaler Ebene, beispielsweise bezüglich der Höhe von Mindestlöhnen (vgl. zu dieser Notwendigkeit z.B. ILO 2020c: 67). Damit verbunden sind schlechte Verhandlungspositionen, wenn in Krisen die Verteilung knapper Ressourcen festgelegt wird. Ein großer Teil der Befragten hat keine Arbeitsverträge, welche erlauben, Rechte einzuklagen. Einige Stimmen in Indien sehen auch dies als Ergebnis politischer Entscheidungen innerhalb des Landes (vgl. z.B. Mander/Verma 2020). Mit den radikalen Einschnitten in die Arbeitsrechte und in die Spielräume der Zivilgesellschaft wird dieser politische Kurs von der indischen Führung fortgeschrieben.

Die erstaunlich gute Einhaltung von Regeln zur Covid-19-Prävention kann durch die von den indischen Partner-Organisationen berichtete Strenge staatlicher Kontrollen mit verschiedenen Instrumenten und Inspektionen erklärt werden. Staatliche Exekutivorgane in Indien haben folglich durchaus Möglichkeiten, Regularien durchzusetzen. Das Ergebnis zeigt die diesbezügliche Bedeutung politischen Willens auf.

Fest steht, dass international tätige Unternehmen von dieser Marginalisierung der Arbeiter*innen über Jahre hinweg profitiert und sie mit ihren Geschäftspraktiken begünstigt und befördert haben. Diese Erhebung liefert insofern Anhaltspunkte für diese Erkenntnis, da sich in einer Zeit mit wenigen Aufträgen die Produktionsziele im Betrieb mehrheitlich reduzierten. Zeit- und Produktionsdruck auf die Arbeiter*innen schien im Sommer, in einer Zeit geringer Auslastung, für die meisten Befragten weniger ausgeprägt zu sein als in Stoßzeiten vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie – oder zumindest nicht schlimmer geworden zu sein. Das kann jedoch kaum als positives Signal einer grundsätzlichen Verbesserung der Situation der Arbeiter*innen interpretiert werden. Es ist vielmehr ein weiterer Hinweis auf den Zusammenhang zwischen problematischen Auslastungen der Betriebe und Einkaufspraktiken von Unternehmen einerseits und dem Druck auf die Arbeiter*innen andererseits.

Schließlich bietet die Verarmung, die die meisten der vier Millionen Arbeiter*innen in der Leder- und Schuhindustrie in Indien als „schwächstes Glied“ im globalen Mächteungleichgewicht vermutlich derzeit erleben, einen

Nährboden für andere massive Missstände wie Kinderarbeit und Kinderehen. Immer wieder wird in der Befragung die Unsicherheit der Arbeiter*innen bezüglich ihrer finanziellen Situation in der Zukunft deutlich. Ihre Position gegenüber den Arbeitgebenden wurde noch weiter

geschwächt. Im Rahmen der Erhebung, die zwischen Juli und September 2020 durchgeführt wurde, ist ihre Not bereits unverkennbar und es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich diese Not in den Folgemonaten nach September 2020 gemindert hat.

5. Empfehlungen für Akteure in Deutschland

Die Ergebnisse der Befragung von 115 Arbeiter*innen der Schuh- und Lederindustrie in zwei Regionen Indiens im Sommer 2020 zeigen die Not auf, die Arbeiter*innen im Zuge der Covid-19-Pandemie derzeit erleiden. Staatliche Unterstützung erreicht die meisten Arbeiter*innen nur in Form einfacher Lebensmittel. Gleichzeitig werden vonseiten der Regierungen die Rechte der Arbeiter*innen weiter beschnitten, etwa Gewerkschaften bilden zu dürfen oder gerichtlich gegen Arbeitsrechtsverstöße vorzugehen. Diese Änderungen sollen wirtschaftliche Aktivität erleichtern und ausländische Investitionen anwerben. Da der aktuellen Situation strukturelle, globale Probleme zugrunde liegen, können und müssen auch in Deutschland Unternehmen und politische Entscheider*innen die Situation adressieren. So haben sich beispielsweise bisher viel zu wenige Unternehmen öffentlich zu fairen Geschäftspraktiken bekannt.

Die Schuhindustrie in Deutschland importierte im letzten Jahr noch 18,5 Millionen Paar Schuhe aus Indien (APICAPPS 2020). Sie muss ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in ihren Lieferketten gerecht werden, so wie es etwa die *OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen*, die *Ziele für nachhaltige Entwicklung* der Vereinten Nationen (insb. SDG 12) und der *Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte* vorsehen. Die COVID-19-Krise geht mit einer Wirtschaftskrise einher und trifft alle Akteure der globalen Lieferkette von Bekleidung und Schuhen, jedoch die Schwächsten besonders hart. Die Risiken und Kosten dürfen nicht noch massiver zu Lasten der Menschen in Indien abgeschoben werden. Unternehmen dürfen nicht ausnutzen, dass die indische Regierung den Arbeiter*innen weder ausreichend Schutz noch ihre international geltenden Rechte gewährt. Deshalb bedarf es einer Transformation der Industrie hin zu nachhaltigen Geschäftspraktiken. Dazu müssen Wirtschaft und Politik mit ambitionierten Zielen und Maßnahmen beitragen.

Die **Leder- und Schuhindustrie, Einzel- und Online-Handel** sollten Folgendes umsetzen:

- 1) Nachhaltige Einkaufspraktiken, wie sie die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) und Multi-Stakeholder-

Initiativen wie die *Fair Wear Foundation* anlässlich der Pandemie in Leitsätzen festgeschrieben haben, müssen umgesetzt werden.

- 2) Geschäfts- und Einkaufspraktiken müssen entlang der Prinzipien menschenrechtlicher Sorgfalt korrigiert werden. Fachkompetenz für soziale Fragen muss in jedem Unternehmen erhalten und/oder aufgebaut werden.
- 3) Erteilte Aufträge müssen bezahlt und Verträge eingehalten werden. Von Stornierungen ist abzusehen.
- 4) Preise für Ware dürfen nicht *unter das Niveau* von vor der Pandemie fallen.
- 5) Zuliefernde Betriebe sollten bei ihrer menschenrechtlichen Sorgfalt unterstützt werden. Lohnfortzahlungen müssen gewährleistet werden – für alle Arbeiter*innen, die regelmäßig in den Betrieben beschäftigt waren, unabhängig von ihrem formalen Beschäftigungsverhältnis.
- 6) Arbeiter*innenvertretungen sollten einbezogen und ihre Mitsprache eingefordert werden.
- 7) Ist der Rückzug aus einer Geschäftsbeziehung nicht abwendbar, ist er verantwortungsvoll zu vollziehen. Dazu gibt es klare Empfehlungen der Zivilgesellschaft (siehe Scheper 2020).
- 8) In den eigenen Wertschöpfungsketten muss es OECD konforme Beschwerde- und Abhilfemechanismen für die Arbeiter*innen geben.
- 9) Einzelunternehmen, Multi-Stakeholder- und Branchen-Initiativen müssen Löhne, Möglichkeiten kollektiver Interessenvertretung und die Rechte von Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer*innen und Beschäftigungsverhältnisse stärker in den Vordergrund stellen.

Diverse Hilfestellungen und Leitfäden sind inzwischen zu diesen Themen verfügbar, darunter solche von der ILO, dem Gewerkschaftsverbund IndustriALL, dem *Bündnis für Nachhaltige Textilien* und der *Fair Wear Foundation* (siehe Hinweise auf S. 24). Branchenspezifisch wird die Sorgfaltspflicht allgemein auch im *OECD-Leitfaden für die Einhaltung der Sorgfaltspflichten in der Bekleidungs- und Schuhindustrie* sowie bezogen auf die Krise im *Synthesebericht: Auswirkungen von COVID-19 auf die Textilindustrie* (Scheper 2020) dargelegt.

Wie in einem Industriemagazin schon früh in der Krise formuliert wurde:

Dies ist nicht die Zeit für egoistisches Denken, insbesondere nicht in einem globalisierten Lieferkettensystem. Nie war das Gefühl wahrer als jetzt, dass wir tatsächlich alle in etwas zusammen sind. [...] Die Geschichte wird Unternehmen danach beurteilen, ob sie [...] verantwortungsbewusst und mit Mitgefühl für ihre Lieferkettenpartner [gehandelt] haben, insbesondere für die am stärksten gefährdeten, oder ob sie alle Beziehungen grausam ausgesondert und [Partner sich selbst] überlassen haben. (Griffiths 2020)

Verbände der Schuh- und Lederindustrie wie der HDS/L sollten deshalb nicht die hiesige Situation der Unternehmen gegen das Schicksal der Arbeiter*innen in ihren Lieferketten ausspielen. Im Gegenteil sollte die Krise ein Weckruf sein, welcher die Bedeutung von widerstandsfähigen Wertschöpfungsketten durch Verpflichtungen zu

unternehmerischer Sorgfalt für die gesamte Industrie vor Augen führt.

Die **deutsche Bundesregierung** muss ihre Möglichkeiten ausschöpfen:

- 1) Ein Lieferkettengesetz für menschenrechtliche Sorgfalt in Unternehmen ist in Deutschland nötig. Alle Bestrebungen hin zu mehr Verbindlichkeit müssen von der Bundesregierung unterstützt werden. Dazu gehören auch die Anstrengungen für ein solches Gesetz auf EU-Ebene und der Prozess im Rahmen der Vereinten Nationen hin zu einem verbindlichen Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte.
- 2) Es muss stärkere Kohärenz zwischen den politischen Ressorts angestrebt werden, wie im *Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte* benannt.
- 3) Es muss weiterhin auf den Stopp der Aushöhlung der Rechte von Arbeitnehmer*innen und ihren Vertretungen in Indien hingewirkt werden.
- 4) Der Schutz von zivilgesellschaftlichen Räumen muss sowohl in Indien als auch in Deutschland gewährleistet werden.

6. Bilanz

Die Erhebung war mit 115 Befragten zwar klein, aber die Tendenzen sind so klar, dass sie nicht ignoriert werden können: Die drängendsten Probleme, die sich den Arbeiter*innen aktuell stellen, sind extreme Einkommensverluste und unzuverlässige Lohnzahlungen. Ihr Zugang zu sozialen Sicherungssystemen ist völlig ungenügend und sie haben nahezu keine Möglichkeit, gegenüber den zuliefernden Betrieben ihre Interessen durchzusetzen und Rechte einzufordern.

In vielen globalisierten Wertschöpfungsketten sind ökonomische und politische Ressourcen zwischen den Akteuren schon jahrelang extrem ungleich verteilt. Bereits vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie war diese Schieflage so alarmierend, dass die Rufe und Forderungen der Zivilgesellschaft in einer Art Dauersirene ertönten, die öffentlich und politisch mal lauter, mal weniger laut gehört wurde. In Deutschland machten Nichtregierungsorganisationen, Journalist*innen, Gewerkschaften, Kirchen und viele andere immer wieder auf die schlechte Position der Arbeiter*innen weltweit aufmerksam.

Von der ökonomischen und sozialen Erschütterung, die global mit der Covid-19-Pandemie einherging, profitieren, wenn überhaupt, nur sehr wenige. Die Pandemie hat für die meisten Menschen der Welt ihr Leben in

kürzester Zeit stark verändert, vermutlich kaum zum Besseren. Für einige gilt diese Veränderung nur für eine begrenzte Zeit; andere wird sie sehr lange in ihren Möglichkeiten beschränken. In dieser Situation kann es nicht oft genug geschrieben, empirisch gezeigt und problematisiert werden:

Die Covid-19-Pandemie und die damit einhergehende Krise trifft die Schwächsten am stärksten. Und sie können nichts dafür:

Ihre Not sofort zu lindern und mittelfristig ihre Situation auch strukturell zu verändern, liegt nicht zuletzt in der Verantwortung privatwirtschaftlicher und staatlicher Akteure in Deutschland. Geschäftspraktiken, die Ungleichheit ausnutzen und verstärken, dürfen sich nicht mehr lohnen. Die deutsche Leder- und Schuhindustrie, Einzel- und Online-Händler*innen von Schuhen und nicht zuletzt die deutsche Bundesregierung müssen ihre Bemühungen deutlich verstärken, um eine grundlegende Transformation in der Industrie voranzutreiben.

- Afroze, J. (2020): Protecting Child Workers During the Pandemic. In: Project Syndicate. Online unter: https://www.project-syndicate.org/commentary/covid19-bangladesh-child-workers-leather-garment-industry-by-jiniya-afroze-2020-11?utm_source=twitter&utm_medium=organic-social&utm_campaign=page-posts-november20&utm_post-type=link&utm_format=16%3A9&utm_creative=link-image&utm_post-date=2020-11-24&barrier=accesspaylog (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Agarwal, S. (2020): India's new social security code is progressive, but definition loopholes may deprive 4.2 cr home-based workers of benefits. In: First Post, November 2020; online unter: <https://www.firstpost.com/india/indias-new-social-security-code-is-progressive-but-definition-loopholes-may-deprive-4-2-cr-home-based-workers-of-benefits-9010811.html> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Anner, M. (2019): Predatory purchasing practices in global apparel supply chains and the employment relations squeeze in the Indian garment export industry. In: International Labour Review 158, S. 705–727.
- Anner, M. (2020a): Abandoned? The impact of Covid-19 on workers and businesses at the bottom of global garment supply chains. Pennsylvania State University; online unter: <https://www.workersrights.org/research-report/abandoned-the-impact-of-covid-19-on-workers-and-businesses-at-the-bottom-of-global-garment-supply-chains/> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Anner, M. (2020b): Squeezing workers' rights in global supply chains: Purchasing practices in the Bangladesh garment export sector in comparative perspective. Review of International Political Economy, 320-347.
- Anner, M. (2020c): Leveraging Desperation: Apparel Brands' Purchasing Practices during Covid-19. Research Report des Center for Global Workers' Rights, Pennsylvania State University; online unter: <https://www.workersrights.org/wp-content/uploads/2020/10/Leveraging-Desperation.pdf> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- APICAPPS (2020a): Drop of 22.2% in Footwear consumption, November 2020. Online unter: <https://www.portugueseshoes.pt/en/news/drop-of-22-2-in-footwear-consumption/> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- APICCAPS (2020b): World Footwear Yearbook 2020. Porto.
- ASSOCHAM (2020): Way Forward for the Indian Leather and Footwear Industry, April 2020. Online unter: <https://www.assoccham.org/userfiles/Assocham%20-%20Way%20forward%20for%20the%20Indian%20leather%20industry.pdf> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Banerjee, M., Kaur, G., Singh, S., und S. Dhamija (2020): Work No Child's Business India. Newsletter September bis Oktober 2020; online unter: <https://arisa.nl/wp-content/uploads/WNCB-NationalNewsletter-Vol1.pdf> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Boseley, Sarah (2017): Child labourers exposed to toxic chemicals dying before 50, WHO says. In: The Guardian; online unter: <https://www.theguardian.com/world/2017/mar/21/plight-of-child-workers-facing-cocktail-of-toxic-chemicals-exposed-by-report-bangladesh-tanneries> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Brydges, T., und M. Hanlon (2020): Garment worker rights and the fashion industry's response to COVID-19. In: Dialogues in Human Geography 10: 2, S. 195–198.
- Chakma, J. (2020): Recovery still slow in leather sector. In: The Daily Star, Oktober 2020; online unter: <https://www.thedailystar.net/business/news/recovery-still-slow-leather-sector-1976541> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Chellapilla, S. C.-C., Jaiswal, R., Haller, S., Kernegger, L. und P. Ravi (2017): Zeigt her Eure Schuhe! Soziale und ökologische Auswirkungen von Gerbereien in Uttar Pradesh und Tamil Nadu in Indien; online unter: <https://suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2017/2017-61%20Zeigt%20her%20Eure%20Schuhe.%20Soziale%20und%20oekologische%20Auswirkungen%20von%20Gerbereien%20in%20Uttar%20Pradesh%20und%20Tamil%20Nadu%20in%20Indien.pdf> (letzter Zugriff: 26.11.2020).
- CIR (Christliche Initiative Romero, Hg., 2020): Arbeit ohne Ende für Babys sanften Schlaf. TOYS REPORT 2020 zu den Arbeitsbedingungen in der chinesischen Spielzeugindustrie. Online unter: https://www.ci-romero.de/wp-content/uploads/2020/12/CIR_Toys-Report_2020_END.pdf (letzter Zugriff: 26.11.2020).
- CLE (Council for Leather Exports, o.A.): Analysis – Export Performance of Leather and Leather Products. Online unter: <http://leatherindia.org/analysis-export-performance-of-leather-and-leather-products-during-april-august-2019-20-vis-a-vis-april-august-2018-19/> (letzter Zugriff: 26.11.2020).
- CLE (2019): Industry at a Glance. Online unter: <http://leatherindia.org/industry-at-a-glance/> (letzter Zugriff: 26.11.2020).
- CCC (2020b): Civil Society European Strategy for Sustainable Textile, Garments, Leather and Footwear, online unter: <https://cleanclothes.org/file-repository/civil-society-european-strategy-for-sustainable-textiles.pdf/view> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- CCC (Clean Clothes Campaign, 2020a): Live-blog: How the Coronavirus affects garment workers in supply chains. Online unter: <https://cleanclothes.org/news/2020/live-blog-on-how-the-coronavirus-influences-workers-in-supply-chains> (letzter Zugriff: 26.11.2020).
- Ellis-Petersen, H. (2020): Indian move to regulate digital media raises censorship fears. In: The Guardian; November 2020; Online unter: <https://www.theguardian.com/world/2020/nov/11/india-to-regulate-netflix-and-amazon-streaming-content> (letzter Zugriff: 26.11.2020).

GLWC (Global Living Wage Coalition, 2019): Giving workers a decent standard of living. Online unter: <https://www.globallivingwage.org/> (letzter Zugriff: 26.11.2020).

Griffiths, I. (2020): Brands will be judged on their conduct during coronavirus crisis. In: International Leather Maker; online unter: https://internationalleathermaker.com/news/fullstory.php/aid/8279/Brands_will_be_judged_on_their_conduct_during_coronavirus_crisis_.html (letzter Zugriff: 26.11.2020).

Global Data Lab (2020): Educational attendance children 15-17. Online unter: https://globaldatalab.org/areadata/usecondary/IND/?levels=1%2B2%2B3%2B5%2B4&interpolation=1&extrapolation=1&extrapolation_years=3&nearest_real=0 (letzter Zugriff: 26.11.2020)

GoodWeave International (2020): Hidden and Vulnerable. The Impact of Covid-19 on Child, Forced and Bonded Labor. Online unter: <https://goodweave.org/wp-content/uploads/2020/11/GoodWeave-Hidden-and-Vulnerable-Report-Final.pdf> (letzter Zugriff: 15.12.2020)

ILO (2016): Weak minimum wage compliance in Asia's garment industry. Online unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---travail/documents/publication/wcms_509532.pdf (letzter Zugriff: 15.12.2020)

ILO (2020a): COVID-19 leads to massive labour income losses worldwide; online unter: https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_755875/lang--en/index.htm (letzter Zugriff: 25.11.2020).

ILO (2020b): Financing gaps in social protection: Global estimates and strategies for developing countries in light of the COVID-19 crisis and beyond; online unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---soc_sec/documents/publication/wcms_755475.pdf (letzter Zugriff: 25.11.2020).

ILO (2020c): Global Wage Report 2020-21: Wages and minimum wages in the time of COVID-19. Online unter: https://www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_762534/lang--en/index.htm (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Invest India (2020): Leather. Online unter: <https://www.makeinindia.com/sector/leather> (letzter Zugriff: 15.11.2020).

Islam, R. et al. (2020): Impact of Covid-19 Pandemic on readymade garments (RMG) industry of bangladesh. In: International Journal of Management (IJM), Juli 2020; online unter: https://www.researchgate.net/profile/Md_Sharif_Hassan/publication/344271343_Impact_of_COVID-19_Pandemic_on_Readymade_Garments_RMG_Industry_of_Bangladesh_Cite_this_Article/links/5f623f014585154dbbd72b36/Impact-of-COVID-19-Pandemic-on-Readymade-Garments-RMG-Industry-of-Bangladesh-Cite-this-Article.pdf (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Isware, M. A. (2020): Local Nike shoe factory scrutinized for mass layoffs amid COVID-19. In: The Jakarta Post, 25.08.2020, online unter: <https://www.thejakartapost.com/news/2020/08/25/local-nike-shoe-factory-scrutinized-for-mass-layoffs-amid-covid-19.html> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

ITUC (2020): Indian Parliament passes laws that attack the rights of working people; online unter: <https://www.ituc-csi.org/indian-parliament-passes-laws?lang=en> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Jafri, A. A. (2020): After 14 Months of Closure, 248 Tanneries in Kanpur Shut Down Again. Online unter: <https://www.newsclick.in/After-14-Months-Closure-248-Tanneries-Kanpur-Shut-Down-Again> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Jainani, D. (2020): UP Cabinet empowers govt to suspend certain provisions of crucial labour laws. In: Financial Express; online unter: <https://www.financialexpress.com/industry/up-cabinet-empowers-govt-to-suspend-certain-provisions-of-crucial-labour-laws/2052154/> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

La Conceria (2020): The appeal is working: Some are starting to move production from China to India. Online unter: <https://www.laconceria.it/en/news/the-appeal-is-working-some-are-starting-to-move-production-from-china-to-india/> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

LeBaron, G. (2020): Combatting Modern Slavery. Why Labour Governance is Failing and What We Can About It. Cambridge: Polity Press.

Mander, H., und A. Verma (2020): The Coronavirus Lockdown Has Been a War on India's Informal Labour. In: The Wire; online unter: <https://thewire.in/labour/coronavirus-lockdown-informal-labour> (letzter Zugriff: 08.11.2020).

Manzur, S. N. (2020): Wherefore art thou, ethical sourcing? In: Dhaka Tribune; online unter: <https://www.dhakatribune.com/opinion/special/2020/04/06/wherefore-art-thou-ethical-sourcing> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Mirdha, R. U. (2020): Apparel leads export recovery. In: The Daily Star. September 2020; online unter: <https://www.thedailystar.net/business/news/apparel-leads-export-recovery-1957681> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Monir, F., und F. Weber-Steinhaus (2020): 14-Stunden-Schichten zum Überleben. In: Spiegel online; online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-in-asiens-textilindustrie-die-14-stunden-schicht-zum-ueberleben-a-d189af52-fbc2-458a-90cf-245b82967a0e> (letzter Zugriff: 08.11.2020).

- Musiolek, B., B. Tamindžija, S. Aleksić, A. Oksiutovych, O. Dutchak, G. Medarov und A. Vragolović (2020): Ausbeutung Made in Europe; online unter: https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2020/06/ausbeutung-made-in-europe_web.pdf?fbclid=IwAR172t38E_g7Ciffnoaz65x2XKxLG_rrjVf0D671OrSFLC5rn0Kf7kPc7I (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Padda, Ihtsham Ul Haq, und M. Asim (2019): What determines compliance with cleaner production? An appraisal of the tanning industry in Sialkot, Pakistan. In: *Environmental Science and Pollution Research* 26, S. 1733–1750.
- Pieper, A. (2018): Arbeitsrechte in der Informalität. HeimarbeiterInnen und die Internationale Arbeitsorganisation, online verfügbar unter: <https://www.suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2018/2018-17%20Arbeitsrechte%20in%20der%20Informalit%C3%A4t.%20HeimarbeiterInnen%20und%20die%20Internationale%20Arbeitsorganisation.pdf> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Pieper, A., und P. Putri (2017): Zwei Paar Schuhe? Indonesische Lederschuhproduktion und Arbeitsrechte; online unter: https://www.suedwind-institut.de/alle-verfuegbaren-publikationen/zwei_paar_schuhe_indonesische_lederschuhproduktion_und_arbeitsrechte.html (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Pieper, A. (2018): Arbeitsrechte in der Informalität. HeimarbeiterInnen und die Internationale Arbeitsorganisation, online verfügbar unter: <https://www.suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2018/2018-17%20Arbeitsrechte%20in%20der%20Informalit%C3%A4t.%20HeimarbeiterInnen%20und%20die%20Internationale%20Arbeitsorganisation.pdf> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Pieper, A., und F. Xu (2016): So wird ein Schuh draus: Arbeitsbedingungen in der chinesischen Schuhproduktion; online unter: https://www.suedwind-institut.de/alle-verfuegbaren-publikationen/so_wird_ein_schuh_draus_arbeitsbedingungen_in_der_chinesischen_schuhindustrie.html (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Pieper, A., S. K. Prasad und V. Raaj (2016): Auf der Stelle (ge)treten. Arbeitsrechtsverletzungen in der indischen Leder- und Schuhindustrie, online unter: [https://suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2016/2016-30%20Auf%20der%20Stelle%20\(ge\)treten.%20Arbeitsrechtsverletzungen%20in%20der%20indischen%20Leder-%20und%20Schuhindustrie.pdf](https://suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2016/2016-30%20Auf%20der%20Stelle%20(ge)treten.%20Arbeitsrechtsverletzungen%20in%20der%20indischen%20Leder-%20und%20Schuhindustrie.pdf) (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Public Eye (2017): Das steckt in ihren Schuhen. Online unter: <https://www.publiceye.ch/de/publikationen/detail/das-steckt-in-ihren-schuhen> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Quirk, J., C. Robinson und C. Thibos (Hg., 2020): Editorial: From Exceptional Cases to Everyday Abuses: Labour exploitation in the global economy', *Anti-Trafficking Review* 15: 1-19, online unter: <https://doi.org/10.14197/atr.201220151> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Ravi, P. (2020, im Erscheinen): A Study on the Impact of the COVID-19 Induced Lockdown on Leather Sector Workers in Tamil Nadu (Working Title). Cividep.
- Scheper, C. (2020): Synthesebericht: Auswirkungen von COVID-19 auf die Textilindustrie. Online unter: <https://www.suedwind-institut.de/publikationen-318.html> (letzter Zugriff 25.11.2020).
- Scroll.in (2020): Indias GDP falls by 23.9% in April-June quarter in worst-ever contraction, August 2020; Online unter: <https://scroll.in/latest/971809/indias-gdp-falls-by-record-23-9-in-april-june-quarter> (Letzter Zugriff: 26.11.2020).
- Statista (2020): Herstellung von Schuhen & Leder/ Lederwaren. Online unter: <https://de.statista.com/outlook/8390/137/herstellung-von-schuhen-leder--lederwaren/deutschland> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Sundar, K.R.S. (2020): No Dialogue with Trade Unions, India's Labour Laws Are Now a Product of Unilateralism. Juli 2020. Online unter: <https://thewire.in/labour/labour-laws-trade-unions> (Letzter Zugriff: 26.11.2020).
- Thomas, K. S. (2020): States compete to attract investment amid COVID-induced slowdown, Mai 2020. Online unter: <https://www.theweek.in/news/biz-tech/2020/05/19/covid-19-states-compete-to-attract-foreign-investments.html> (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- WB (WB Unternehmensgruppe, 2020): Ihr Indien-Partner für die Coronakrise. Online unter: <https://wamser-batra.de/covid19-indien/> (letzter Zugriff: 26.11.2020).
- Wazed, S. (2020): Unveröffentlichter Bericht. SLD.
- Weiss, D., B. Garcia, P. v. Ackern, L. Rüttinger, P. Albrecht, M. Dech und J. Knopf (2020): Die Achtung von Menschenrechten entlang globaler Wertschöpfungsketten. Risiken und Chancen der Branchen der deutschen Wirtschaft. Online unter: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-543-achtung-von-menschenrechten-entlang-globaler-wertschoepfungsketten.pdf?jsessionid=3F833FCAE499244BD5BA5EFFAB1C4A07.delivery1-replication?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Zugriff: 25.11.2020).
- Williams, P., L. Brill und P. Ravi (2019): Due diligence in Tamil Nadu leather footwear manufacture; online unter: <http://www.homeworkersww.org.uk/resources/due-diligence-in-tamil-nadu-leather-footwear-manufacture> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Auswahl von Hilfestellungen und Leitfäden für menschenrechtliche Sorgfalt von Unternehmen, insb. im Zuge der Covid-19-Pandemie

Bündnis für nachhaltige Textilien (2020): Leitsätze für verantwortungsvolle Einkaufspraktiken in Zeiten von COVID-19, online unter: <https://www.textilbuenndnis.com/download/leitsaetze-einkaufspraktiken-covid19/> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Clean Clothes Campaign (2020b): Civil Society European Strategy for Sustainable Textile, Garments, Leather and Footwear, online unter: <https://cleanclothes.org/file-repository/civil-society-european-strategy-for-sustainable-textiles.pdf/view> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Fair Wear Foundation (2020a): Covid-19 impact and responses: India. Online unter: <https://www.fairwear.org/covid-19-dossier/worker-engagement-and-monitoring/country-specific-guidance/india> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Fair Wear Foundation (2020b): Fair Wear's Covid-19 Dossier. Online unter: <https://www.fairwear.org/covid-19-dossier> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

ILO (2020): Call to Action. COVID-19: Action in the Global Garment Industry, online unter: https://www.ilo.org/global/topics/coronavirus/sectoral/WCMS_742343/lang-en/index.htm (letzter Zugriff: 25.11.2020).

IndustriAll (2020): Principles for action on Covid-19 in textile, garment, shoes and leather industries; online unter: <http://www.industrialall-union.org/principles-for-action-on-covid-19-in-textile-garment-shoes-and-leather-industries> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Scheper, C. (2020): Synthesebericht: Auswirkungen von COVID-19 auf die Textilindustrie. Online unter: <https://www.suedwind-institut.de/publikationen-318.html> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

IMPRESSUM

Erscheinungsort und Datum: Berlin/Bonn, 2021

Autorin: Dr. Jiska Gojowczyk

Redaktion: Lena Janda, Clara Köhne

Gestaltung und Satz: Olaf von Sass

HERAUSGEBER

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene
Kaiserstraße 201, D-53113 Bonn

Telefon: +49 (0)228-763698-0

www.suedwind-institut.de/schuh-und-lederproduktion.html



INKOTA-netzwerk

Chrysanthemenstr. 1-3, D-10407 Berlin

Telefon: +49(0)30 - 420 8202-0

www.inkota.de/change-your-shoes



PARTNER*INNEN

Cividep India
Workers' Rights & Corporate Accountability



FÖRDER*INNEN

Gefördert durch Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie durch Brot für die Welt aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes.



Für den Inhalt dieser Publikation sind allein die Herausgebenden verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.

